



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

März/April-Heft, Redaktionsschluss 30.04.2021

Nr. 02/2021

Covid-19 und der Transhumanismus
- von Anja Wurm

Was ist der Unterschied zwischen einem Aufstand und einer Revolution?
- von J.M.Hackbarth

Was ist aus der radikaldemokratischen Jugend der FDP geworden? Institutionen / Staat (Fortsetzung)

Ergebe dich in dein Schicksal und lehne dich nicht auf! Aha! Resilienz
Antwort auf die Zeitschrift „philosophie“
- von Holger Thurow-N.

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ (Fortsetzung)
- von J.M.Hackbarth

 Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)

<http://deraufstand.wihuman.de>



Über mich: Thomas Sonnabend, 1963

Das Sein ist weniger, als eine Episode des Nichts; das Bewusst-Sein als Kollateralnutzen meiner Menschwerdung, ein Spuk - und selbst das, ist noch zu lang gedacht.

Ich ist Signifikanz: je moi!

Chaos in sich haben...

Nur dass das Ideenhaben und das Chaotischsein und das Lebenwollenkönnen im eigentlichen Sinne jedem Menschen immanent sind
- du musst nur aufhören, den Löwen in dir bändigen zu wollen.

Sub · tij

Ich habe ihnen Fragen gestellt, auf die es keine Antworten gibt

Jetzt wandeln sie blutend auf den Scherben ihrer Ausflüchte

Höhenangst

Flieg Gedanke, hoch, ruhst du in Sphären die dich zu Boden reißen und doch, immer wieder, reckst du dein Denken in den Kosmos und darüber hinaus.

Try!

Gib nicht auf, auf dass die Gedanken über die Angst hinaus ...wachsen!

Montis aeternum

Wenn du auch Bergmassive sprächst, das selbst gewichtigste Wort wäre bedeutungslos in der Unendlichkeit des Jetzt!

Wäre dann Schweigen nicht zielführender als Regentropfen in Bäche, Bäche in Flüsse, Flüsse in Ozeane und Ozeane in Wolken zu verwandeln?

Im Krebsgang

Wenn die Zeit im Krebsgang ginge, sähen wir die Liebe und die Sehnsucht läge hinter uns.

Dann träumten wir in taubefrischtem Gras, im Abendgrauen dem Gewesenen entgegen.

Wenn die Zeit im Krebsgang ginge, wohnte dem Zauber ein Anfang inne. Kämen wir vom Dunkel ins Licht, vom Tod ins Erwachen, wenn die Zeit im Krebsgang ginge - die Sonne blendete unsren müden Verstand noch - wäre Wahrheit absolut und Lüge obsolet. Keine Fallstricke.

Vielleicht wäre das Leben ein Irrtum, wenn die Zeit im Krebsgang ginge

Ein schöner Irrtum!

Honigmund

Süße Nuancen des Geschmacks wilden Thymians, Lavendels, (Orangenblüten, Citrusfrüchte?)

Bittere Wahrheiten, die dein Ohr nicht schmeckt!

Schwerkraft

Ich sehe die vielen Menschen mit gebeugtem Blick an mir vorüber gehen, den Gang nach unten gerichtet, als würde die Schwerkraft lange schon deren Stolz zu sich herab gezogen haben.

Und du siehst die Sonne nicht des Tags und die Sterne nicht des Nachts; du siehst nur den Weg, vorgegeben für dich in Asphalt gegossen - und du siehst dich nicht.

An meinen Vater

Du hast getanzt in deinem jungen Leben nun stecken deine geschwollenen Füße in alten Schuhen fest

Ziehe sie aus und gehe barfuß - jetzt! Ich habe dein Gewissen in Unschuld gewaschen

Rechter Winkel (im Sinne von aufrecht, rectus)

Da gehst du
aufrecht gebeugt
mit schmerzdem
Rückgrat, Mensch!

Wie überhaupt,
kannst du selbst,
dich aufrecht
gebeugt, (er)tragen?

Stillschweigendes Einvernehmen

Spürst du deine
Aufregung, die mich
unaufgeregt sein -
die mich entfliehen lässt,
dem Einvernehmen,
das du stillschweigend
sprichst?

Dein Schweigen lässt
mich unerreicht.
Deine Augen sprechen
Bände; doch...

Was folgt, sind stumme
Gesten ins Nichts!

Yorrick

Ich habe einen
Narren gefressen,
tief im Innern
wütet er seine
derben Streiche
sitzt mir im Genick,
der Schalk,
lacht schallend,
dem Ernst des Lebens, breit in
seine hässliche Fratze -
berichtet voller Hohn
von ihren entsinnten
Eulenspiegeleien

Doch lange wohnt
sein blanker Schädel
schon, tief im Morast,
in modernden
Erden.

Leisen Schrittes

Fast gehaucht
...bloß, bar(füßig)
Leisen Schrittes
huschend durch Ascheregen
Tanze! Tanze!
Falle! Falle!

Falle tiefgründig in
deine grundlose
Existenz. Und nimm
dich mit!

Fiebertraumwandlerisch

Fiebertraumwandlerisch
Zeit und Raum zerpflügen.

Furchen der Erinnerung zielen
routiniert ins Zukünftige und
prallen ab am Jetzt.

Über das Sein und das Nichts

Über das Sein und
das Nichts schreiben,
heißt schreiben über
etwas, für das es
keine Sprache gibt.

Buchstaben malen
abstraktes Denken
auf das Papier.

Über das Sein und
das Nichts schreiben,
heißt schreiben mit
den Mitteln der
Nichts sprachlichkeit.

Siehst du die Vögel?

Sie säen nicht -
auch keinen Wind;
und sie ernten nicht -
und doch flink und
behände, durchpflügen
sie zielgerichtet den
Sturm, als wär er
keiner.

Mit dem selben Bewusstsein

Unscheinbare Blüten
die Menschen
am Wegesrand -
harmlos
mit dem selben
Bewusstsein.

Keiner unter zweien
ja - nichtmal zwei
unter ihnen!

Streife sie flüchtig
und erschrecke sie
nicht!

Was du tun willst, das tue bald!

Folge, Judas! Du
bist Mittel zum Zweck.
Er kennt keine Moral,
der den Verrat an dir
beging.

Küsse ihn! Jetzt!
Und sein Kreuz
lastet auf deinem.
Und sie hassen dich!
Alle!

Dich, der du sein
Kreuz trägst.
Dich, der du seine
Liebe hast und
aller Menschen Liebe
verdientest.

Deinen Leichnam
schänden sie
und sie rufen:
Für 30 Silberlinge!

Und ihre Mäuler,
Iscaariot, du tragische
Figur, schließen
dich nicht in ihre
Gebete mit ein!

Durchdringend reflektierend

Das Sein durchdringt
dich ganz
Du greifst hinein
Gehst in ihm spazieren
Betrachtest dich
in Spiegeln
- Seitenverkehrt
Aufrecht

Denkst du seist dort
- Seitenverkehrt
Aufrecht davor siehst
Du an dir herab
Siehst du
Auf dich herab

Bist die Frage, die
Du dir stellst
Vor dem Spiegel
Stehend
- Seitenverkehrt
Aufrecht

Beantwortest dich
Selbst(reflektiert)
Greifst in dich hinein
Gehst in dir spazieren
Durchdringst dich
Ganz

Dir wird gewahr:
Du bist nicht in der Welt
Die Welt ist in dir

Du gehst Deinem Gedanken nach

Manchmal eilig.

Bestimmt und
mit Nachdruck,
rankt er sich durch
die Windungen deines
Gehirns; findet Spaß
daran gedacht zu sein,
wechselt die Perspektive,
hüpft heraus... plötzlich:
Wieder da!

Fordert dich heraus.
Regt sich mit dir an
...auf!

Macht dich fragen
und wird groß,
mal klein -
um doch, allzuoft,
im Keim erstickt zu sein.

Erdenfloh

Der Menschen Welt ist zu klein um
groß zu sein, ist zu eng um weit zu
sein, zu flach um tief zu sein; wenn
ihre Welt Wachstum erfährt, dann
den ihrer Grenzen,
Beschränkungen und Schwächen.
Der Menschen Welt ist die
Unterwelt, sie sitzen auf ihrem
Verstand und nennen es Weite,
ihre Weitsicht richtet sich nach
dem Innern, ihre Einsicht nach
dem Nichts; sie fallen in ein Loch
und nennen es Fliegen, ihr Kriechen
ist ihr aufrechter Gang, ihr
Aufsteigen ein Absteigen; sie
wissen von nichts und erheben das
Nichts zu ihrem Dogma; sie sind
besetzt und es mangelt ihnen an
Besessenheit. Mensch, wo ist dein
Tun? Mensch, wo ist dein Wollen?
Mensch, wo ist dein Erheben und
deine Erhabenheit?

Du bist der Erdenfloh -
unausrottbar.

Sanfter Hügel

Das struppige Gras
dessen Duft eine
Erinnerung von dir
in mir weckt

Zuerst ergebnisoffen
War ich zuletzt den
Fäden die der
Nektar zieht

Verfallen
Leichter Duft von
Urea, eine Nuance
Wollte immer mehr

Dein sanfter Hügel
vor dem mein Kopf
in deiner Lust ruht

Und will immer noch
Jetzt

Den (An)Schein wahren

Der bewahrte Schein
lässt dich im
Bedeutungslosen
zurück

Allein!

Da stehst du nackt
im Schatten deines
Selbst und hältst
in Händen
nichts, das dich
im Ungewissen
nicht das Leben
doch aber das
Fürchten lernen
lässt

Du Maus!

Machst das Raubtier
lachen und hältst
Ausschau nach
sicherem Ort?

Begreifen

Hast du sie begriffen?
Feingespinnene
Erkenntnis - Unschärferelativ.

Im Verschwinden begriffen!

Worte die mir aus dem Kopf fallen, fallen

...gerade aufs Papier
 Ziehen Striche
 Beschreiben Kurven
 Setzen Punkte
 Die weiße Leere
 schwarz befleckt
 Dem Nichts
 Sinn gebend

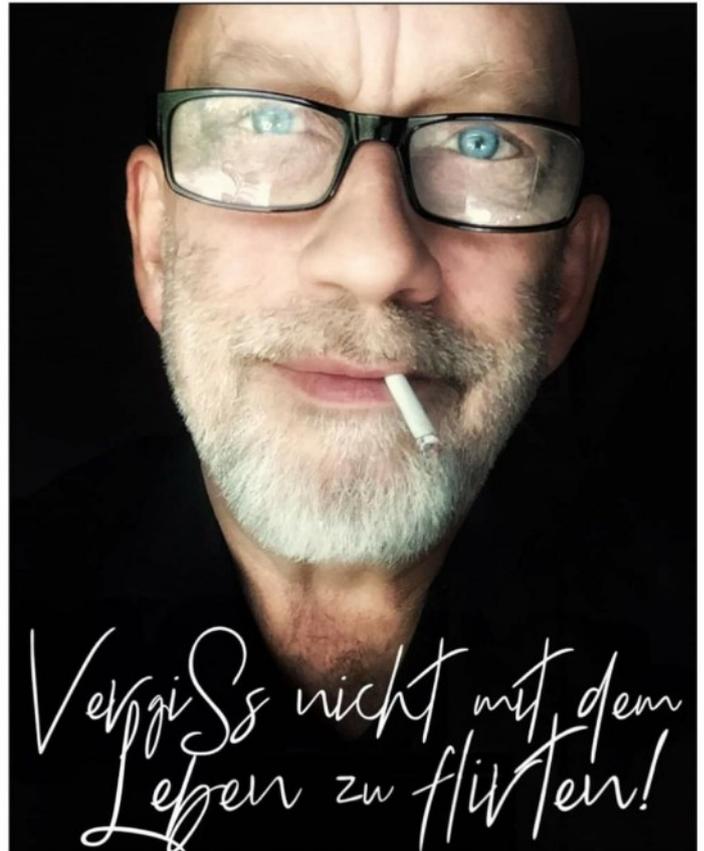
Illusionen zertrümmernd
 Erschaffen sie Welten

Sind da
 Ohne es zu
 Wollen
 Die Worte nicht und
 Ich nicht

Atem sein

Wie kann ich fassen
 was Luft ist
 dem Vermögen gleich
 tief in deine Lungen tun
 was deinen Atem
 zittern macht?

Dich atmen - das
 kann ich tun!



#ThomasSonnabend



FREE SLAVE PROJECT

Beim Lieben schauen wir in einen Spiegel und betrachten
 uns unmittelbar beim Wirken.

Diese Texte widme ich Susanna.

©Thomas Sonnabend - thomas@sonnabend.org

Inhaltsverzeichnis

Seite Thema

- 2 **Der Künstler der Titelseite stellt sich vor**
- 7 **Covid-19 und der Transhumanismus**
- von Anja Wurm
- 11 **Was ist der Unterschied zwischen einem Aufstand und einer Revolution?**
- von J.M.Hackbarth
- 13 **Was ist aus der radikaldemokratischen Jugend der FDP geworden? Institutionen / Staat**
(Fortsetzung aus dem Heft 01/21),
vorgestellt und kommentiert
- von J.M.Hackbarth
- 24 **Ergebe dich in dein Schicksal und lehne dich nicht auf! Aha! Resilienz – Antwort auf das Titelthema der Ausgabe 02/2021 der Zeitschrift „philosophie“**
- von Holger Thurow-N.
- 27 **Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“**
(Fortsetzung aus dem Heft 01/21)
- von J.M.Hackbarth
- 30 **Der Aufstand Titelseiten der letzten 9 Ausgaben**

Jede historische Periode hat

ihre ganz eigene Handschrift der Mächtigen und ihres Staates und die ist immer eine andere als die vergangener Perioden. Wer jetzt immer noch auf den Faschismus wartet, wie er einmal war, wird wohl ganz enttäuscht sein. Er kommt einfach nicht noch einmal so.

„Wir können nicht zweimal in den selben Fluss springen...“, schreibt J. M. Hackbarth, „...und wenn wir als Menschheitsfamilie diese Welt nicht verändern, werden es Einzelne zu unser aller Nachteil weiter tun, wie sie es bisher gerade noch tun und den Untergang unserer Spezies riskieren.“ (auf Seite 13).

Was entwickelt sich da gerade und wo ist die Orientierung? Die Bojen dieser Ausgabe setzen Themen fort, welche in vergangenen Heften schon begonnen wurden und ein neues: Autorin Anja Wurm vereinigt auf Seite 7 Covid-19 und Transhumanismus in einer

Überschrift. Das reizt zu den „verbotenen“ Fragen, die wir natürlich besonders gern stellen um unsere Zeitschrift mit den „verbotenen“ Antworten füllen zu können. Wir danken Thomas Sonnabend für seine künstlerische Einstimmung auf diese Ausgabe, die rebellischer nicht hätte sein können, im Rahmen von „Free Slave Project“.



Rebellisch wie die radikaldemokratische Jugend der FDP, die auch schon gewagt hat, nach den „verbotenen“ Antworten zu suchen und dazu eine Broschüre veröffentlichte. Allerdings war das Jahr 2003 und wie ging es weiter? Was macht die Jugend von damals heute? Wo sind sie? Im Heft 01/21 haben wir damit begonnen, die alten Gedanken hier wiederzubeleben, in dem wir die Broschüre nochmal abdrucken und setzen hier die Herzdruckmassage mit ihrem Thema „Institutionen/Staat“ auf Seite 13 fort. Das Herz eines Demokraten schlägt, wenn eine

Debatte entsteht. Die Email-Adresse für die Einsendung von Beiträgen lautet r&b@wihuman.de. Sie werden in voller Länge und unverändert in die Zeitschrift aufgenommen. Dieses Angebot bezieht sich natürlich auch auf Einsendungen zu allen anderen Themen. „Ergebe dich in dein Schicksal und lehne dich nicht auf!“, ist nicht unsere Empfehlung, aber die sarkastische Übersetzung einer Empfehlung der Februar/März-Ausgabe der Zeitschrift „philosophie“, die wir kritisch dabei begleiten wollen, den Dingen wirklich auf den Grund zu kommen um die Welt besser zu verstehen. Ebenso wie die etablierte Kunst als Spiegel der Gesellschaft, am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“, in Fortsetzung aus dem Heft 01/21, auf Seite 27. Eine selten wahrgenommene Kunstrichtung ist die Titelbildkunst der Wochenzeitung „Der Aufstand“, die wir wie immer auf der letzten Seite ausstellen, siehe Seite 30.

Holger Thurow-N.

IMPRESSUM V.i.S.d.P.

Herausgeber: Holger Thurow-N.

Redaktion, gestellt vom Philosophenclub unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GbR)

Tel.: 0171-2080710

Anschrift: Holger Thurow-N.,
Reclamstr. 30, 22111 Hamburg

Email an die Redaktion:

r&b@wihuman.de





Dieses Bild ist Copyright bei Anja Wurm.

Covid-19 und der Transhumanismus

Transhumanismus ist eine Ideologie der Mensch-Maschine-Verschmelzung. Transhumanisten wollen das Menschsein mit allen Schwächen und Fehlern überwinden. Sie verachten Krankheiten, Alter, Behinderung sowie die begrenzten Möglichkeiten des Menschen und den Tod.

In *Transhumanismus und Militär* wird der Transhumanismus folgendermaßen definiert: *Transhumanismus ist eine internationale philosophisch-futuristische Bewegung mit dem Ziel, die physischen und intellektuellen Grenzen heutiger Menschen zu überwinden. Die Idee ist, dafür existierende Technologiefelder, wie Robotik, künstliche Intelligenz, Kognitionswissenschaften, Informationstechnologie, Nanotechnologie, Biotechnologie und andere mehr nutzbar zu machen. Die Befürworterinnen und Befürworter sehen im Transhumanismus einen Leitfaden zum Erreichen post-humaner Bedingungen.*

Covid-19 und Social Bots

Social Bots bilden heute Meinungen. Vollautomatisch oder als gekaufte Trolle geben sie Bewertungen ab, machen Werbung und bilden politische Meinungen. Das machen sie inzwischen offenbar so gut, dass Menschen es ihnen gleich tun.

In der Coronakrise war das gut zu beobachten, Social Bots diffamierten und verleumdeten Wissenschaftler, Ärzte und

Demokraten, titulierten sie als „Aluhüte, Verschwörungstheoretiker. Nazis, Antisemiten“ etc., echte Menschen taten es ihnen nach. Hier zeigte sich bereits, einige Politiker und Leitmedien ließen sich ebenfalls dazu hinreißen, als Social Bots zu fungieren, auch weil ihnen die Argumente fehlten und sie einer echten Diskussion mit gut informierten Ärzten und Wissenschaftlern nicht gewachsen gewesen wären.

Laut Aya Velázquez, die diese Bots auf Twitter beobachtete, handelte es sich dabei um chinesische Bots. Es ist aber davon auszugehen, dass ebenfalls Bots von den Großindustriellen und der Politik bezahlt werden. In KaiserTV gab Velázquez dazu ein aufschlussreiches Interview, auch zu der Vernetzung von Klaus Schwab (Gründer des Weltwirtschaftsforums, bekennender Transhumanist und Autor von Büchern wie *Industrie 4.0* oder *Covid19-The Great Reset*) nach China. Schwabs *Great Reset* handelt von transhumanistischen Ideen und war 2021 Thema des WEFs. Gates, Merkel und von der Leyen bekannten sich bereits vorab öffentlich zu diesem Great Reset.

Sehr interessant zu beobachten war auch, dass die mediale Propaganda es schaffte, fast sämtliche westlichen Ideale zu verkehren und zu totalitären umzudefinieren.

- Haft wurde zur Freiheit
- Gesundheit zur Krankheit (asymptomatische Erkrankungen)
- Isolationsfolter in Pflegeheimen zu Schutz
- das Töten durch die Maßnahmen (verschobene OPs pp) zu Solidarität
- die Demokratiebewegung zu Verschwörungstheoretikern, Nazis, Antisemiten
- kulturerhaltende Feste, Konzerte, Theater und Ausstellungen zum Sündenpfehl
- Lebende und Kinder zu Mördern
- Vereinzelung zur Gemeinschaft
- Horrorfantasien und -erzählungen zur Wissenschaft
- Denunziation wurde zur Solidarität
- Gleichgestellte zu Menschen, die mit gleichzeitigem Homeoffice, Homeschooling, Kinderbetreuung und Haushalt verklavt wurden
- Die Linke zur Unterstützung der Menschenverachtung
- usw.

Besonders interessant war aber die Wandlung durch die Propaganda der *grünen Bevölkerung*, die vorab gegen Genmais und Gensoja protestierte, obwohl Lebensmittel den Körper wieder verlassen, bejubeln Grüne jetzt die gentechnische Impfung, die selbst bei Schäden am eigenen Körper aus diesem kaum noch zu entfernen sein dürfte. Bemerkenswert ist ebenfalls, dass viele Menschen auch nach 12 Monaten immer noch nicht merken, dass die Manipulation der Großindustriellen und Chinas mit Hilfe von Leitmedien, gekaufter Wissenschaft

und Politik ihre Werte auf den Kopf gestellt hat und noch weniger, welch Geistes Kind solche Werte sind.

Transhumanisten und Technik

Die wissenschaftliche Forschung, die von Transhumanisten des WEFs und des Silicon Valley forciert und bezahlt wird, geht weit über Meinungsbildung, Werbung und die Entwicklung medizinischer Hilfsmittel hinaus, so wird beispielsweise daran gearbeitet mit Nanochips das Internet ins Hirn zu implantieren und die Gehirne weltweit miteinander zu vernetzen, sodass sie unter permanenter Kontrolle der Geldgeber stünden und selbst die Gedanken nicht mehr frei wären oder es wird mit bildgebenden Verfahren versucht, Gedanken sichtbar zu machen und daraus am PC Netzwerke zu erstellen, die menschlichen Gehirnen gleichen sollen, um die Gehirne von Transhumanisten später entschlüsseln und speichern zu können, sodass diese nach dem Tod auf einer Festplatte oder in einer Cloud weiterleben können sollen.

Transhumanismus, Covid-19 und Gentechnik

Die Verschmelzung von fremdem genetischen Material und dem Menschen wird derzeit zum ersten Mal durch die Covid-19-Impfung direkt an der gesamten Bevölkerung getestet. Bislang waren gentechnische Medikamente weltweit verboten und dieses Verbot auch im europäischen Arzneimittelgesetz verankert.

Das war nicht ohne Grund so, da diese Impfmittel bereits bei anderen Coronaviren in der präklinischen Phase scheiterten. Ein Großteil der geimpften Tiere starb, als sie nach der Impfung mit dem Wildvirus in Kontakt kamen. Hinzu kommt, dass z.B. das Trägermaterial PEG des Impfstoffs von Pfizer im Tierversuch zu Krebs und Erbgutveränderungen geführt hat.

In Israel, in der über die Hälfte der Bevölkerung mit dem mRNA-Impfstoff von Pfizer bereits durchgeimpft ist, hat sich nach der Impfung der über 65-Jährigen die Todeszahl vervierzigfacht, die Todeszahl der unter 65-Jährigen sogar verzweihundertsechzigfacht. Dies ergab eine Studie israelischer Forscher. Trotz dieser Studie von Dr. Hervé Seligmann, medizinische Fakultät der Universität Aix-Marseille und Haim Yativ, die alle von offiziellen Behörden gesammelten Daten beinhaltete, übt die israelische Regierung weiter Druck auf die Bevölkerung aus, sich impfen zu lassen. Israelische Menschenrechtsorganisationen haben deswegen Strafantrag vor dem Europäischen Gerichtshof in Den Haag wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gestellt.

Die Ethik der Transhumanisten gleicht der, der Nationalsozialisten, mit der Verschmelzung von Mensch-Maschine-Genetik soll der perfekte Mensch geschaffen werden, der sich von dem *mangelhaften (sterblichen) Menschen* der Jetzt-Zeit unterscheidet.

Hierzu muss ich bemerken, der Transhumanismus ist eine zutiefst menschenverachtende, faschistische Ideologie, auch wenn sie im medizinischen Bereich bereits Nutzen gebracht hat, etwa wenn nach einer Armamputation ein Roboterarm als Ersatz diente, um damit wieder greifen zu können.

Was es bedeutet, dass das weltweite Verbot Gentechnik am Menschen anzuwenden, mit Hilfe von Covid-19 torpediert wurde, lässt sich noch besser an der Genschere Crispr erklären, auch wenn der endgültige Ausgang des Menschenexperiments mit mRNA- und DNA-Impfungen noch aussteht. Da wirtschaftlich führende Transhumanisten ebenso an der Reduktion der Bevölkerung interessiert sind, um Ressourcen zu sparen, führte die hohe Todesrate in Israel und anderen Ländern nach der Impfung nicht zu einem Impfstopp.

Transhumanisten träumen aber nicht nur von der Reduktion der Weltbevölkerung, sondern auch davon, Babys designen zu können, sodass sie beispielsweise besonders schön, intelligent und erfolgreich werden. Auch Erbkrankheiten könnten mit der Genschere aus den betroffenen Genabschnitten herausgeschnitten werden.

2020 erhielten die Französin Emmanuelle Charpentier und die Amerikanerin Jennifer Doudna den Chemienobelpreis für die von ihnen entwickelte Genschere Crispr/Cas9. Diese Methode gehört zum Gen-Editing, revolutionär am Crispr/Cas9 ist allerdings, dass Genabschnitte zielgenau angesteuert und herausgeschnitten werden können. Andere Verfahren des Gen-Editings hatten zu einer hohen Fehlerquote beim Zusammenwachsen der DNA nach dem Heraustrennen eines Genabschnittes geführt.

Spahn unterschrieb 2020 die DNA-Daten der deutschen Bevölkerung an die europäische DNA-Datenbank weiterzuleiten. Hier dürfte eines der Motive liegen, außer kranken auch gesunde Menschen unaufhaltsam auf SARS-Cov-2 zu testen, die Krankenakten für den Staat zu öffnen und mit dem neuen Infektionsschutzgesetz diese Daten auch weiterleiten zu können.

Im Jahr 2008 gründete Anne Wojcicki 23andMe, ein Unternehmen bei dem sich die Kunden ihre DNA analysieren lassen können, die etwas über ihren Familienstammbaum erfahren wollten. Von einer Neigung zu Ohrenschmalz, Aussagen über die Intelligenz und das Verhalten, bis hin zu der Wahrscheinlichkeit Krebs und andere Krankheiten zu entwickeln, analysierte 23andMe die DNA ihrer Kunden. Dazu isolierte das Unternehmen DNA aus den Mundschleimhautzellen der Kunden.

Es gibt Hinweise, dass 23andMe eine umstrittene Rolle bei gentechnischen Eingriffen der menschlichen Fortpflanzung spielte. 23andMe meldete ein Patent zur Partnerwahl an mittels Gentechnik, das dem Suchenden ermöglicht, sich eine entsprechende Keim- oder Samenzelle auszusuchen, mit der das gewünschte designte Baby entstehen soll.

2014 trieb Cambrian Genomics, für DNA-Drucker bekannt, die Idee voran, das perfekte „GM-Baby“ mittels Gentechnik zu kreieren, in dem es die Fortpflanzung und das Leben mit Hilfe von Genomik verbessern wollte.

An solchen Beispielen wird deutlich, dass unsere Zukunft wieder von Eugenik geprägt sein soll. Die ersten Schranken sind durch die mRNA- und die DNA-Impfungen gefallen, mit gentechnischen Medikamenten in den Menschen einzudringen und den Menschen selbst als Biofabrik und Labor zu benutzen.

Für ein GMO-designtes Baby könnte mit Hilfe der Genschere eine krankhafte Mutation aus dem Genom herausgeschnitten werden, aber auch ungeliebte Eigenschaften wie die Augenfarbe oder Verhaltensmuster. Um solche Informationen im Genom entschlüsseln und verorten zu können, werden hohe Datensätze in den DNA-Datenbanken benötigt. So arbeiten Wissenschaftler, die im Besitz der DNA von Genies sind, bereits daran, die Genabschnitte für hohe Intelligenz zu entschlüsseln. Während Zuckerberg angekündigt hat, demnächst unsere Gedanken lesen zu können, sind Google und die Firmenbetreiber des Silicon Valley ganz begeistert von der Idee des GMO-Menschen. GMO-Giganten wie Monsanto könnten ebenso Interesse an gentechnischen Veränderungen am Menschen entwickeln.

Forscher stellten fest, dass sich adaptierte Versionen von Crispr/Cas9 auch als Genom-Editing-Tools zur Modifizierung von Maus- und Menschenzellen benutzen lassen. Einige Forscher meldeten bereits für bestimmte Verwendungszwecke Patente an.

Transhumanismus, Religion und Philosophie

Die kürzeste und breiteste Straße zum Albtraum der „schönen neuen Welt“ führt wie gesagt, über Überbevölkerung und die beschleunigte Vermehrung der Menschheit - zwei Milliarden achthundert Millionen heute, fünf Milliarden fünf Millionen um die nächste Jahrhundertwende, wobei der größte Teil der Menschheit vor der Wahl zwischen Anarchie und totalitärer Kontrolle stehen wird. Aber der wachsende Bevölkerungsdruck auf die verfügbaren Rohstoffe und Nahrungsmittel ist nicht die einzige Kraft, die uns dem

Totalitarismus zutreibt. Dieser geheime biologische Feind der Freiheit ist mit unermesslichen Kräften verbündet, welche gerade durch diejenigen Fortschritte der Technologie entstehen, auf die wir am stolzesten sind. (Wiedersehen mit der schönen neuen Welt- Aldous Huxley, Piper)

Transhumanisten sehen im Menschen eine erweiterte Maschine, deren Code man nur entschlüsseln müsse, um Kontrolle über ihn zu bekommen. Ein weiteres großes Ziel der Transhumanisten ist die Unsterblichkeit. Schon heute gibt es in den USA und Russland Möglichkeiten, den eigenen Körper nach dem Tod einfrieren zu lassen, um ihn, wenn die Chance zur Wiederbelebung, bzw. zum Auferstehen des toten Körpers gefunden ist, wieder aufgetaut zu werden, um weiterleben zu können.

An dieser Stelle zeigen sich die neureligiösen Aspekte und Motivationen des Transhumanismus besonders deutlich, der Wunsch nach ewigem Leben oder Wiederauferstehung. Dass das Bedürfnis nach einer neuen Religion in der Bevölkerung weit verbreitet sein muss, zeigte, wie stark die Bevölkerung mit den Wünschen der transhumanistischen Bewegung in der Coronakrise mitging. So glauben viele bis heute, einerseits vom Tod bedroht zu sein, andererseits mit einer starken totalitären (Religions-)Führung vor dem Tod geschützt zu sein. Auch das implizierte Versprechen mit Lockdowns und Masken ewig leben zu können, der Altersmedian der Toten von Covid-19 überstieg den Altersmedian der Durchschnittsbevölkerung bereits zu Beginn der Krise, trotzdem schien es unanständig zu sein, einen 85-Jährigen an Covid-19 sterben zu lassen statt an seinem Endstadium Krebs o.ä. Das erklärt sich einerseits aus der Unkenntnis, was es bedeutet, an einer schweren Erkrankung sterben zu müssen, andererseits impliziert ein politisches Eingreifen an einer solchen Stelle natürlich die Unsterblichkeit von Menschen, wenn Politik sich verhält, als würde dieser Mensch nicht sterben, bekäme er kein Covid-19. Außerdem nutzt die Regierung die Regression, die durch Lockdowns und mediale Berichterstattung ausgelöste Traumatisierung sowie das entstandene Stockholm-Syndrom der Bevölkerung, die die Regierung unter anderem damit gefördert hat, dass sie die Menschen einfach geduzt hat, „bleib daheim“, „bleib gesund“ dazu, das magische Denken von Kindern anzusprechen, die schließlich auch an den Weihnachtsmann oder Osterhasen glauben, wenn ihnen davon erzählt wird, um weitere religiöse Erzählungen zu etablieren, den Mythos vom Kiltervirus, den Mythos, dass das Kind die Oma umbringt, wenn es sie besucht, den Mythos, dass man sich vor Viren verstecken könne, den Mythos, dass Viren die Maske nur in eine Richtung passieren usw.. Dass gebildete und aufgeklärte Menschen diese Mythen glauben, zeigt ein großes Bedürfnis nach und einen großen Mangel an Religion in einer Gesellschaft auf.

Ein großes Ziel der Transhumanisten ist es, den heutigen Menschen, den homo sapiens sapiens mit Hilfe von Technik zu überwinden, seine Schwächen und Begrenzungen auszumerzen. Es soll ein Mensch erschaffen werden, nicht nach *Gottes (sofern man an einen Gott glaubt) oder der Natur*, sondern nach des Menschen Willen, der sich zum Gott emporgeschwungen hat. Größenwahn und Gotteskomplex sind in Anbetracht der Ideologie und der Forschung, die weit über das medizinisch Vertretbare hinausgeht, unübersehbar. Bei diesen unethischen Forschungen und neuerdings auch gentechnischen Menschenversuchen werden die Medizin sowie die Kriminalitätsbekämpfung (Sammlung der biometrischen Daten aller Menschen) lediglich als Alibi missbraucht, um Wissenschaftler zu gewinnen und die Bevölkerung von der Notwendigkeit zu überzeugen.

Wie die Nationalsozialisten versuchen die Transhumanisten, Nietzsche für ihre Zwecke zu missbrauchen.

Transhumanisten sehen in Nietzsches Übermensch, den durch Technik selbst erschaffenen Menschen ihrer Ideologie, die ihren Wunsch Gott oder die Natur zu übertrumpfen und den Menschen nach ihren Vorstellungen zu erschaffen, ohne Krankheit, Schwächen oder Tod sowie ihn unter ihre vollständige Kontrolle zu bekommen, also die Abschaffung des autonomen, individuellen Menschen. Sie streben ein posthumanes Zeitalter an.

Genau wie die Nationalsozialisten versuchen Transhumanisten Nietzsches diametral entgegenstehende Philosophie für ihre Ideologie zu missbrauchen:

So schreibt Sorgner in seinem transhumanistischen Werk „Übermensch, Plädoyer für einen Nietzscheanischen Transhumanismus“:

Wenn wir erfolgreich sein sollten, dann wird es den homo sapiens sapiens noch eine Weile geben. Schließlich wird auch er vom Übermensch abgelöst werden.

Wir befinden uns auf dem Weg zum Übermensch. Nietzsche ist diesbezüglich zuzustimmen ... Der Biologieprofessor, Gründungsdirektor der UNESCO und Begründer des Transhumanismus Julian Huxley (Bruder von Aldous Huxley, Anm. der Autorin) ging genau hiervon aus, als er seine Prinzipien des Denkens entwickelte. Um die Anpassung an die Umwelt und zugleich das persönliche Wohlergehen zu fördern, plädiert transhumanistisches Denken nicht nur dafür, die neuesten Techniken zur menschlichen Weiterentwicklung zu nutzen, sondern auch großen Wert auf die Erziehung zu legen. Nur so kann die Wahrscheinlichkeit des nächsten evolutionären Schritts hin zum Posthumanen, dem Übermensch der Transhumanisten, erhöht werden.

Hier lässt Sorgner bereits anklingen, dass es den Transhumanisten nicht nur um die medizinische und technische Verbesserung des Menschen geht, wie sie jetzt scheinbar mit den gentechnischen Impfungen eingeleitet wurde, sondern auch um Umerziehung, wie wir sie seit 2020 erleben. Westliche Werte wie Gemeinschaft, Solidarität, Freiheit, Menschenwürde usw. sind nach Meinung der Transhumanisten nicht mehr zeitgemäß und werden mit destruktiven, totalitären Erziehungsmaßnahmen ersetzt durch Vereinzelung, Abstand, Misstrauen, Denunziation, Psychoterror, Körperverletzung pp.

Sorgner führt dann die verschiedenen Gentechniken und Unternehmen wie 23andMe an zur Weiterentwicklung der menschlichen Spezies.

Die durch Eltern bestimmte Modifikation der eigenen Nachfahren ist bei genauer Analyse analog zur traditionellen Erziehung und sollte daher auch ethisch analog bewertet werden ... Das Potential für die Förderung einer neuen Art mittels der Vielzahl von Gentechniken ist kaum zu überschätzen ... Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind der Grund dafür, dass noch nicht gemacht wird, wozu wir technisch bereits fähig sind. (Sorgner)

Hier wird sehr deutlich, dass der Wunsch, den Menschen gentechnisch zu modifizieren lediglich durch Gesetze gebremst wurde. Um diese Gesetze auszuhebeln, war es notwendig eine Pandemie zu inszenieren, die scheinbar nur mit gentechnischen Medikamenten in den Griff zu bekommen sein sollte. Aus der Geschichte wissen wir, dass wenn einmal eine ethische Grenze aus tatsächlicher oder scheinbarer Not überschritten wurde, es kein Zurück mehr gibt. Die Transhumanisten dürften also ihr Ziel erreicht haben, auch weitere Menschenexperimente durchführen zu können, insbesondere weil die westlichen Demokratien keine ausreichende Wirtschaftskraft mehr besitzen, um solchen Vorhaben etwas entgegenzusetzen zu können. Das zeigt sich auch am derzeitigen Umbau der westlichen Demokratien in totalitäre Überwachungsstaaten.

Die anderen beiden entscheidenden technischen Möglichkeiten, um den autopoieten Selbstüberwindungsprozess zu unterstützen, sind die Förderung der Mensch-Maschine-Schnittstellen und die künstliche Intelligenz ... denn Smart Cities benötigen auch geupgradete Menschen. Wenn alle lebensweltlichen Bereiche mit einem RFDI-Chip d.h. mit (aktive RFDI-Chips) oder ohne (passive RFDI-Chips) Antenne versehene „radio frequency identification Chips“, dann muss dies auch mit uns Menschen geschehen, um eine effektive Interaktion gewährleisten zu können ... Der nächste nahegelegene Schritt stellt die Integration des Computers in den Menschen dar. Der Monitor wird dann direkt an unsere Sehnerven gekoppelt. Per Gestensteuerung bedienen wir

ihn. Die Texteingabe erfolgt unmittelbar über unser Denken. (Sorgner)

Das Überwachen der Menschen durch Erziehung, Gedankenkontrolle, biometrische Daten und Chips, das Vereinheitlichen und Schaffen eines Übermenschen nach einem persönlichen Ideal der Transhumanisten ist aber das genaue Gegenteil von Nietzsches Übermensch. Nietzsches Übermensch soll aus eigener Kraft **seine persönliche Entwicklung** über Anpassung zu Beginn und Widerstand in Folge entfalten bis hin zu Autonomie, Selbstverantwortung und Individualität.

Nietzsches Übermensch waren wir sicher in den 1980er Jahren näher als heute, als noch Wert auf eigenständiges Denken und persönliche Entwicklung gelegt wurden, wir noch mit Kritik an Eltern, Gesellschaft und Staat unsere eigene Position und unseren persönlichen Lebensweg finden konnten. So wie in der Coronakrise alle Werte umgedeutet wurden (z.B. wurde die Isolationsfolter in Pflegeheimen zum Schutz umgedeutet oder das Verteidigen des Grundgesetzes zur rechtsextremen Idee pp.), so deuten die Transhumanisten heute Nietzsches Übermensch ebenfalls zum Gegenteil um.

Einen großen Schritt, transhumanistische Ideen gegen Menschen, Vernunft, Wissenschaft, Ethik und Gesetze durchzusetzen, bot die Coronakrise, in der das Verbot Gentechnik am Menschen anzuwenden, weltweit außer Kraft gesetzt wurde und jetzt im Großversuch am Menschen mit gentechnischen Experimenten getestet werden soll und zum Teil schon wurde. Trotz massiver Nebenwirkungen der Impfung bis hin zum Tod und unbekannter Langzeitnebenwirkungen, wird dieses weltweite Experiment nicht gestoppt, sondern ohne Skrupel weiter durchgeführt.

Letztes Jahr wurde der Nobelpreis für die Erfindung einer passgenauen Genschere verliehen, die es Wissenschaftlern möglich macht, unpassende, wie krankheitsauslösende Genabschnitte aus dem Genom herauszuschneiden. Nicht, dass eine solche Forschung nicht große Fortschritte bei ausreichender Testung in der Medizin möglich machen könnte, was aber, wenn auch unliebsame Charaktereigenschaften wie eigenes Denken, Aufmüpfigkeit, Ängstlichkeit usw. herausgeschnitten werden? Da das Tabu, Gentechnik am Menschen anzuwenden, ohne Skrupel und ohne ausreichende Testphase von heute auf morgen gebrochen wurde und die faschistischen Ideologien der Transhumanisten bereits jetzt Anwendung finden, ist morgen alles denkbar.

Im Sinne Nietzsches ist das sicher nicht, der eine Befreiung aller Individuen von jeglicher Ideologie und jeder Herrschaft forderte sowie auf die grundsätzliche Fähigkeit eines jeden Menschen hinwies, eine eigene Vernunft zu entwickeln.

Anja Wurm

Was ist der Unterschied zwischen einem Aufstand und einer Revolution?

Vor der französischen Revolution von 1789-93 gab es eigentlich keinen Revolutionsbegriff, denn dieser ist unlösbar mit der Vorstellung verbunden, dass sich innerhalb der weltlichen Geschichte etwas ganz und gar Neues ereignet. Erst während dieser Revolution wurde den Handelnden und den Zuschauern das grundsätzlich Neue der erzeugten gesellschaftlichen Situation klar. 1793 schrieb Condorcet (ein französischer Revolutionär) was jeder bereits wusste:

„Das Wort Revolutionen hat nur Gültigkeit für Aufstände, deren Ziel die Freiheit ist.“



Marie Jean Antoine Nicolas Caritat, Marquis de Condorcet
(1743–1794)

Das die Idee der Freiheit und die Erfahrung eines radikalen Neuanfangs miteinander verkoppelt sind, ist für das Verständnis, ob eine revolutionäre Veränderung vor liegt entscheidend. Deshalb ist für die Beurteilung der Verfassung eines Gemeinwesens ganz allein das Vorhandensein von politischer Freiheit ausschlaggebend.

Das gängigste Missverständnis liegt in der Gleichsetzung von Befreiung und Freiheit. Die vielen so genannten Befreiungskriege hatten meist nicht die Freiheit zum Ziel, sondern forderten in der Regel die Einsetzung der „rechtmäßigen“ Machthaber und die mehr oder minder ungehinderte Ausübung nicht politischer Betätigungen, die jeweils von einem Staat erlaubt und erwartet wurden.

Politische Freiheit herrscht aber erst dann, wenn es eine Unterscheidung in Herrscher und Beherrschte nicht mehr gibt und die Staatsform Volksherrschaft genannt werden kann.

Der Freiheitsbegriff ist sehr eng mit dem Begriff der Gleichheit verbunden, denn alle Menschen sind gleich

geboren und werden erst durch künstliche Einrichtungen der gegenwärtigen Machtverhältnisse zu Ungleichen gemacht.

Frei kann man nur unter seines Gleichen sein! In einer Gesellschaft von ungleich privilegierten Menschen, kann keine Freiheit herrschen, da die privilegiertesten Menschen letztendlich die Macht über die Unterprivilegierten ausüben.

Indem die Herrscher über die ihnen ungleich geborenen herrschen, berauben sie sich deren Gesellschaft und ziehen selbst eine Barriere um ihre Person, was sie selbst zu Unfreien macht. Der so genannte Goldene Käfig ist ihr Fluch. Kein Schritt ohne Leibwächter und Staatsdiener. Misstrauen und Furcht ist ihr ständiger Begleiter. Echte Freunde kennen sie nicht! Sie kennen nur Konkurrenten und Kontrahenten!

Herrschaft zerstört jeden politischen Raum und das Ergebnis ist die Vernichtung der Freiheit für Herrscher und Beherrschte. Freiheit zeigt sich keineswegs in allen menschlichen Betätigungen und ist nur in Gesellschaft mit anderen Menschen realisierbar. Darum bedarf die politische Freiheit eines eigens dafür vorgesehenen öffentlich zugänglichen Raumes in dem alle Menschen als Gleiche zusammenkommen können. Im alten Griechenland hieß dieser öffentliche Versammlungsplatz „Agora“ und galt im Zentrum einer jeden Stadt als bedeutendste gesellschaftliche Institution der Polis (Bürgergemeinde).

Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass bis jetzt jede Revolution die in den letzten 200 Jahren nach Freiheit strebte, durch eine Konterrevolution erwürgt wurde, dann wird uns klar, dass jede weitere Revolution die Freiheit als Ziel haben muss, bis dieser radikale Neuanfang nicht mehr umkehrbar ist. Dazu müssen wir uns die auf der Hand liegende Tatsache vergegenwärtigen, dass mit Freiheit nicht die Rechte gemeint sind, die uns der Staat einer herrschenden Klasse von Großeigentümern, in Form der Wahl von im Voraus bestimmten „Vertretern“, mit von uns ungebundenen Mandaten gewährt, die auf den Machterhalt der herrschenden Klasse schwören müssen. Keines der in der Verfassung gewährten Rechte eines Staates von Großeigentümern, welches uns eine streng limitierte, aber für sie ungefährliche Beteiligung an der Regierung vorgaukelt, ist in der Theorie oder Praxis eine revolutionäre Errungenschaft.

Die uns bisher gewährten Freiheiten, begrenzte Bewegungsfreiheit, begrenzte Versammlungsfreiheit, begrenzte Meinungsfreiheit, durch das Eigentumsrecht begrenztes Recht auf Besitz aller für uns lebensnotwendigen Mittel, sind alle samt vor allem Unfreiheiten. Wo das unbewusste Streben, sich von diesen Zwängen zu befreien endet, fängt der bewusste Wille zur Freiheit an und beginnt ein positiver Lebensentwurf für ein neues Gemeinwesen.

Im Gegensatz zu einer Rebellion, die nur eine neu zu konstituierende „gerechtere“ Herrschaft unter „besseren“ Herrschern zum Ziel hat, führt der Wille zur Freiheit unmittelbar zu einer neuen Staatsform der Volksherrschaft in der alle Menschen als Gleiche im politisch-öffentlichen Raum erscheinen können.

Das Verlangen nach Befreiung von einer Herrschaft wird also erst dann zum Willen nach Freiheit, wenn bewusst alle neuen Herrschaften abgelehnt und politische Freiheit aller Menschen, als politisch Gleiche die „in Freiheit handeln“ können, als revolutionäres Ziel formuliert ist.

Nur wo Freiheitsvorstellungen mit einem radikalen Neubeginn verknüpft werden, besteht überhaupt eine Grundlage um von Revolution zu sprechen. Woraus folgt, dass Rebellionen ohne das Ziel politische Freiheit für alle

Menschen zu erringen, prinzipiell etwas anders sind als eine Revolution. So kann nicht jeder Staatsstreich oder Bürgerkrieg zu einer Revolution erklärt werden, nur weil die Herrscher ausgewechselt wurden.

Machen wir also die Probe aufs Exempel und untersuchen die Losung „**Merkel muss weg!**“ Diese Losung wird nicht nur von der AfD vertreten und nicht nur die Funktionäre der AfD möchten Frau Merkel beerben. Wenn wir also im bestehenden System eine Personalie, durch eine vermeintlich bessere ersetzen, führt das keineswegs zu einer radikalen Veränderung des bestehenden Machtsystems und damit zur politischen Freiheit aller Menschen.

Es dürfte also nach meinen bisherigen Erläuterungen deutlich geworden sein, dass eine solche Losung, oder die einer Wahl einer anderen Person oder Clique, als neue und vermeintlich bessere Herrscher-Clique, kein revolutionärer Akt sein kann, weil dies keine radikale Veränderung hin zu unser aller politischen Freiheit bedeuten würde.

Die Beschreibung eines gewaltsamen Umsturzes der bestehenden Verhältnisse und die Errichtung einer neuen Herrschaft, auf den selben politischen Prinzipien, ist für eine Revolution völlig unzureichend und trifft den Kern einer revolutionären Veränderung nicht im entferntesten. Nur wo ein radikaler Neuanfang gewollt und sichtbar wird, der eine ganz neue Staatsform konstituiert, nur wo ein Befreiungskampf zur politischen Freiheit aller Menschen führt, die dann alle gleichberechtigten Zugang zu den Staatsgeschäften in Form der legislativen Gesetzgebung haben, kann von einer revolutionären Veränderung der Gesellschaft im eigentlichen Sinne die Rede sein.

Tatsache ist, dass in der Geschichte seit der französischen Revolution immer wieder Personen mit ihren Organisationen auf den Plan getreten sind, die sich für Revolutionäre ausgaben und die Macht für sich selbst und ihre Cliquen beanspruchten, aber keineswegs vor hatten eine Gesellschaft zu errichten, in der alle Menschen politische Freiheit, also eine gleichberechtigte Beteiligung an der Macht besitzen.

Der Begriff „Rebellion“ wurde bereits im späten Mittelalter verwendet und beinhaltete niemals eine revolutionäre Befreiung, oder gar eine revolutionäre Neugründung einer freien Gesellschaft. Dagegen würde eine Revolution sofort alle Menschen als Glieder eines Gemeinwesens aus der Untertänigkeit an die Macht bringen.

Es gibt durch aus immer wieder von einer herrschenden, oder herrschen wollenden Klasse „legitimierte“ Rebellionen (angestrebte Regime-wechsel). Sie verlangen sogar unter bestimmten Umständen einen berechtigten Aufruhr, eine Art Pflicht zum Widerstand und Ungehorsam, bis hin zum Aufstand gegen eine bestehende Macht. Aber das Ziel solcher bestellten Aufstände ist niemals die radikale Veränderung der bestehenden Machtordnung als solche. Es geht immer nur um den Austausch bestimmter Personen und ihrer Cliquen, die sich gerade an der Macht befinden.

In solchen „Rebellionen“ wird das Volk zwar aufgefordert die bestehenden Machthaber zu stürzen, aber hat keinerlei Entscheidungsrecht darüber, wer die neuen Machthaber sein sollen. Ganz fern liegt solchen zur Rebellion aufrufenden „Mächtigen“ der Gedanke, dass ein Volk das Recht auf Selbstherrschaft hätte.

Bei solchen „Rebellionen“ kommt es natürlich immer wieder vor, das Leute aus dem Volk in Höhen aufsteigen und im öffentlichen Raum zugelassen werden, weil sie Eigenschaften

mitbringen, die sie gerade vom Rest des gemeinen Volkes unterscheidet und weswegen sie sehr gut in die Machtapparatur der herrschenden Klasse hineinpassen.

Erst das Wort „Revolution“ bezeichnet einen radikalen Umschwung, in dem alle Menschen gleichberechtigt zu Herrschern werden, in dem sie in ihrer Gesamtheit die Gesetzgeber stellen.

Heute spüren die meisten Menschen das eine gesellschaftliche Veränderung von Nöten ist, wenn wir die auf uns zukommenden Probleme bewältigen wollen. Das bestehende System hat keine Lösungen mehr anzubieten und repräsentiert nur noch peinliche Unfähigkeit. Viele Menschen haben damit begonnen, ernsthaft über Alternativen zum bestehenden System nach zu denken und fangen an sich abseits des vorgegebenen Denkrahmens zu verständigen.

Psychologisch gesehen sind die meisten Menschen von Natur aus konservativ und vermeiden das unbekannte Neue, deshalb ist der Ursprung des Wortes „Revolution“ (ein Zurückdrehen) auch eigentlich nicht nach vorn zu neuen Ufern gerichtet, sondern will zurück in eine heile Vergangenheit, wo noch alles gut war. Doch in welcher Vergangenheit war alles gut? Wir können nicht zweimal in den selben Fluss springen und wenn wir als Menschheitsfamilie diese Welt nicht verändern, werden es Einzelne zu unser aller Nachteil weiter tun, wie sie es bisher gerade noch tun und den Untergang unserer Spezies riskieren.

Die meisten Menschen werden erst dann zu Revolutionäre, wenn das ungeheure Neue bereits hereingebrochen ist und sie gegen ihren Willen an dem Punkt angelangt sind, wo die Umkehr zum alten System unmöglich geworden ist. Nichts lag der Ursprünglichen Bedeutung des Wortes Revolution ferner, als dem alten System ein Ende zu setzen und ein radikal neues an zu fangen. Darum entspricht die wörtliche Bedeutung dieses Wortes auch überhaupt nicht dem Sinn den es durch die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten 200 Jahre bekommen hat.

Ursprünglich war mit dem Wort „Revolution“ eine „Restauration“ alter Verhältnisse gemeint, aber das entspricht dem genauen Gegenteil dessen was wir heute unter einer Revolution verstehen.

Erst der Aufstand der „Levellers“ (Gleichmacher) im englischen Bürgerkrieg von 1642-49 brachte eine radikaldemokratische Tendenz als Vorbote des Untergangs aller absolutistischen Herrscher hervor, welche später dem Wort Revolution eine ganz neue Bedeutung gaben. Schon die „Levellers“ gaben eine Zeitschrift mit dem Namen „The Moderate“ (Das Gemäßigte) heraus.

Sie betonten, dass jeder Mensch an Würde und Freiheit gleich geboren ist und das die Regierung alle (männlichen) Bürger als rechtlich ebenbürtig zu betrachten hat. Sie benutzten meergrüne Bänder als Erkennungszeichen und setzten sich für jährliche, allgemeine und gleiche Parlamentswahlen durch alle freien Männer ein und wollten die Zensur, die Herrschaft des Königshauses und des Adels (Oberhaus) abschaffen. Menschen mit weniger als 30 Pfund Jahresverdienst sollten keine Steuern mehr zahlen und Religionsgemeinschaften sollten vom Staat getrennt werden. Ihre politischen Standpunkte galten zu jener Zeit als radikal und skandalös und stießen auch im Unterhaus auf erbitterten Widerstand, aber revolutionär waren ihre Forderungen eigentlich nicht, weil sie die politische Macht der alten Herrscher nur in die Hände des männlichen Bürgertums legen wollten und nicht in die Hände aller Mitglieder des Gemeinwesens.

J. M. Hackbarth

..... Jungdemokraten / Junge Linke Hessen

Radikaldemokratie- Broschüre



2003

Was ist aus der radikal- demokratischen Jugend der FDP geworden?

Jungdemokraten / Junge Linke Hessen

Schloßstraße 46

60486 Frankfurt am Main

info@jungdemokratenhessen.de

www.jungdemokratenhessen.de

Redaktion: Markus Büchting, Gesa Heinbach,
Stefanie Janczyk, Carmen Ludwig, Oliver Schulz

Satz: Gesa Heinbach

November 2003

**Die Redaktion dieser Zeitschrift versucht auch
weiterhin mit allen radikaldemokratischen**

Autoren der damaligen Broschüre Kontakt auf zu nehmen, um uns mit ihnen über ihre radikaldemokratischen Positionen zu verständigen.

Gleichzeitig möchten wir uns mit den Texten der Broschüre auseinandersetzen und laden natürlich auch unsere Leser dazu ein, sich mit Beiträgen an der Debatte über die Positionen die in dieser Broschüre vertreten werden, zu beteiligen. Um die Debatte beginnen und dann systematisch fortsetzen zu können, werden wir den Inhalt der Broschüre immer abschnittsweise veröffentlichen.

(Fortsetzung aus Nr. 1/21)

3. Institutionen / Staat

Der Staat und seine Institutionen spielen in der Demokratie eine wichtige Rolle, in ihnen werden Entscheidungen getroffen und durch sie werden sie umgesetzt. Wir wollen in diesem Kapitel einige Felder rund um Institutionen und Staat unter radikaldemokratischen Gesichtspunkten diskutieren, kritisieren, wie sie real genutzt werden und ihre Vorteile verteidigen.

Zum zentralen Organ in der Demokratie - zum Parlament - hat Markus eine Text geschrieben, der sich mit verschiedenen Kritiken am Parlamentarismus auseinandersetzt und dabei die Vor- und Nachteile parlamentarischer Prozesse beleuchtet.

Florian Rödl hat den nächsten Text beigesteuert: Er befasst sich mit Staats-Bürokratie, erläutert, warum diese strukturell konservativ ist und wie Verwaltung und politische Ebene zusammenhängen.

Ein weiterer Beitrag in diesem Kapitel beschäftigt sich mit Justiz und Rechtswissenschaft. Die Autoren (Jürgen Bast, Bettina Friedrich, Danielle Herrmann, Oliver Brüchert und Florian Rödl) stellen hier ihre Vorstellung von einer kritischen Rechtswissenschaft und einer demokratischen Justiz vor.

Der zweite Beitrag von Florian trägt den Titel „Wehrhafte Demokratie“ und beschäftigt sich mit der Frage, wie Demokratie und Freiheit sich mit einem Staat vertragen, der sich z.B. mittels Geheimdiensten vor „Verfassungsfeinden“ schützen will. Das Konzept einer „wehrhaften Demokratie“, die ihre eigenen Bürger ausspioniert, wird hier ausführlich kritisiert.

In dem kurzen Text zum Demonstrationsrecht beschreibt Stefanie Janczyk das jungdemokratische Argument dafür, warum auch Nazi-Demos nicht von der Polizei verhindert werden dürfen, und plädiert dafür, sie weg zu demonstrieren, statt mithilfe staatlicher Organe Freiheitsrechte wie das Demonstrationsrecht zu beschränken - und sei es auch das Demonstrationsrecht von Rechtsradikalen.

Der letzte Text ist wieder von Florian Rödl und befasst sich mit einer Strafrechtskritik, die bei Jungdemokraten von noch nicht allzu langer Zeit diskutiert wurde. Er vertritt hier die These, dass man ein Strafrecht letztlich nicht braucht und fragt: „Wozu strafen?“

3.1. Thesen rund um Parlamentarismuskritik

von Markus Büchting

Das folgende Papier hat eine kleine Vorgeschichte. Es gab unter diversen Funktionären der Jungdemokraten eine ziemliche Unzufriedenheit mit der Defizienz dessen, was Jungdemokraten / Junge Linke unter dem Schlagwort Parlamentarismuskritik verbreiteten. Die ‚Bibel‘ der Parlamentarismuskritik „Transformation der Demokratie“ von Agnoli (TdD), auf die sich viele beriefen ist trotz vieler kluger Ideen a) recht orthodox marxistisch geschrieben und b) wirft sie an wichtigen Stellen eher Fragen auf, als dass sie Antworten gibt. Insbesondere der spannende Punkt, wie denn Systemintegration eigentlich funktioniert, darauf gibt die TdD keine zeitgemäße Antwort. Im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 1998 sollte von Hansi Lauth und Markus Büchting ein Seminar zu diesem Thema vorbereitet werden. Es kam nie zu Stande, weil die Verantwortlichen keine zufriedenstellenden Ergebnisse präsentieren konnten. Für ein Planungswochenende der Demokratischen Linken hat Markus den damaligen Debattenstand zusammengeschrieben. Das teilweise stichwortartige Papier wurde für diese Broschüre von ihm vor allem sprachlich bearbeitet. Trotzdem bleibt deutlich, dass es sich nicht um ein abschließendes Papier handelt.

Verwendete Literatur:

MDs: Immanuel Kant: Die Metaphysik der Sitten. Zitiert nach: Wilhelm Weischedel: Werkausgabe Band VIII. Suhrkamp taschenbuch wissenschaft, Frankfurt 1977.

TdD: Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie. Europäische Verlangsanstalt, Frankfurt 1968.

T1

Dieses Papier nimmt eine Perspektive ein, die Macht und Herrschaft genau dann kritisiert, wenn sie einen illegitimen Charakter haben oder nicht demokratisch funktional sind. (Was das heißt, dass Macht und Herrschaft einen illegitimen Charakter haben bzw. demokratisch nicht funktional sind, erschließt sich erst im Laufe dieses Papiers.) Eine Perspektive der Abschaffung von Macht und Herrschaft halte ich schon begrifflich für Unfug.

T2

Die linke Kritik an den westlichen Verfassungsstaaten (wVs) sollte ihren Fokus verschieben. Diese Kritik nennt sich in der Regel kurz und falsch Parlamentarismuskritik. Diese Verengung greift einerseits zu kurz, andererseits tut sie den Parlamenten unrecht. Bspw. die wesentlichen Integrationsleistungen der westlichen Verfassungsstaaten oder die Verfolgung von Systemopposition wie den Kommunisten auf die Institution des Parlaments zu verengen, verstellt eher den Blick auf das Problem, als ihn zu öffnen.

T3

Mit Erklärungen des Typs alles wird durch nichts erklärt, wie z.B. ‚das kapitalistische System integriert die Systemopposition‘ oder ‚der liebe Gott lenkt alles‘, sollten wir uns nicht zufrieden geben. Dieses Papier will mehr Begründungen geben. Das ist ein großer Anspruch und die Erklärung in diesem Papier bleibt Stückwerk. Ich hoffe, es ist mir gelungen, eine prodemokratische Perspektive an der Kritik der Verfassungsstaaten zu eröffnen.

Verschiedene Sorten der Parlamentarismuskritik

T4

Wenn von Parlamentarismuskritik die Rede ist, so sehe ich vier interessante Positionen:

- Debatten, die in Folge des Buches von J. Agnoli „Die Transformation der Demokratie“ entstanden sind; Zu diesen Positionen werde ich im Laufe der Thesen am meisten sagen, daher spare ich mir eine vorgeschobene Erläuterungen.

- Debatten innerhalb der Grünen nach ihrer Gründung; Ich erinnere an einige Forderungen, die DIE GRÜNEN auch einige Zeit intern umgesetzt haben. Facharbeiterlohn für Abgeordnete (sollte soziale Einbindung der Abgeordneten in den Herrschaftsapparat verhindern), Rotation der Parlamentarier nach zwei Jahren (breite Verteilung des Wissens, keine Herausbildung von Spezialisten / Berufspolitikern, keine Promis), inhaltliche statt Personen-Wahlkämpfe, alle Leitungsämter werden doppelt besetzt (gegenseitige Kontrolle), (Partei-)Öffentlichkeit aller Sitzungen - auch der Fraktionen (kein Wissensvorsprung gegenüber den Mitgliedern, keine Geheimnisse vor ihnen), Trennung von Amt und Mandat (gegen Machtkommulation).

Ich werde später hierzu nur noch eine Bemerkung machen, daher gehe ich hier kurz darauf ein. Das Hauptproblem einige dieser oben beschriebenen Maßnahmen ist das sie dysfunktional waren in Bezug auf einen Erfolg der Partei. So musste z.B. der grüne Anhänger in den ersten Jahren immer wieder Abgeordnete erleben, die keinen klaren Satz herausbekamen.

Die Einarbeitung in Parlamentsarbeit, das Aufbauen von Kontakten usw. dauert teilweise so seine Zeit. Meiner Einschätzung nach lag außerdem eine Fehleinschätzung anderer Faktoren der Machtausübung vor (informelle Strukturen). So ist es manchmal besser, jemanden in einem Amt zu haben und ihn durch Beschlüsse zu binden, als sich stetig indirekt mit ihm auseinander setzen zu müssen. Sehr schwache Strukturen führen leicht zu informell sehr mächtigen Regionalfürsten, wenn ein bestimmter ‚Grenzwert‘ an formellen Strukturen unterschritten wird.

Ein weiteres Problem war die Freiwilligkeit, mit der die Parlamentarier diese Forderungen abverlangt werden mussten, da sie juristisch nicht durchsetzbar waren. Dies führte (a) zu einer Erosion der Positionen. Es war kaum auszumachen, wer sich wie an was hielt. Und es gab (b) den unerfreulichen Effekt, dass viele Linke sich daran hielten, einige Promi-Rechte nicht. Dies schwächte den linken Teil der grünen Parlamentsfraktionen erheblich.

- die Kritik an konsensorientierter und basisdemokratischer Kreise;

Diese Kritik richtet sich eher gegen bestimmte parlamentarische Verfahren, die diese mit allen demokratischen Verfahren gemeinsam haben. Mir erscheinen hier drei Positionen zentral

1. der Konsens (Kritik an der Mehrheitsregel)
2. die Position der Unvertretbarkeit (Kritik am Vertretungsprinzip)
3. der Dezentralismus oder die Basisorientierung (die Position, dass eine Entscheidung „besser“, „lebensnäher“, „angemessener“ ist, falls sie „vor Ort“ gefällt werde).

Die Positionen 1. und 2. sind Radikalisierungen bzw. Idealisierungen demokratischer Theorien. Rousseau, natürlich aus

seiner Position des 18. Jahrhunderts heraus, hielt die Unvertretbarkeit so hoch, dass er demokratische Strukturen nur in Klein- und Stadtstaaten für aufbaubar hielt.

Insofern sind diese Positionen gleichzeitig mit den modernen Demokratietheorien entstanden. Sie werden meist vorrangig aus pragmatischen Gründen verworfen (dies aber aus guten Gründen). Ich finde, man kann leicht zugeben, dass demokratische Positionen, die die Mehrheitsregel und das Vertretungsprinzip akzeptieren, von ihren Akteuren ohne Zweifel ein höheres Maß an Abstraktion erfordern, damit das Moment der Volksherrschaft hervortritt. (Das demokratische Verfahren soll die Freiheit seiner Mitglieder sichern. Wenn ich aber in einer Abstimmung unterliege und etwas also gegen meinen Willen geschieht, so bin ich in meiner Handlungsfreiheit eingeschränkt, wenn man so will unfrei. In Bezug auf meine politische Freiheit, die nur in einer demokratischen Institution verwirklicht werden kann, bin ich aber weiterhin frei. Gerade wenn man mit Schmach und Schande in einer politischen Auseinandersetzung unterlegen ist, fühlt man diese Freiheit nicht so recht und das ganze kommt einem ziemlich abstrakt vor.) Dies ist bei basisdemokratischen Institutionen zunächst anders.

Soweit die Basisdemokraten allerdings die berechtigte Kritik an den Auswüchsen des modernen Parlamentarismus dazu nutzen, eine allgemeine Kritik am Vertretungsprinzip und der Mehrheitsregel zu formulieren, sollten sie zurückgewiesen werden. Anders verhält es sich bei der basisdemokratischen Position, dass Entscheidungen vor Ort prinzipiell besser seien. Dieser Glaube an die Basis speist sich einerseits aus derselben Ablehnung des Sichtbarmachens von Herrschaft. Er tritt aber im Gegensatz zu 1. und 2. nicht schon als Teil der modernen Demokratietheorie auf. Im Gegenteil bestreitet er deren zentrale These: Souveränität ist unteilbar. Insofern steht diese Position eher in der Tradition der feudalen Rettungsversuche des ancien regime, als in der moderner bürgerlicher Theorien (Souveränitätsteilung bei Montesquieu). Mit der Position ‚Souveränität ist unteilbar‘ ist gemeint, dass sich niemand aus der allgemeinen Gesetzgebung ausnehmen darf. Wenn „ein jeder über Alle und Alle über einen jeden ebendasselbe beschließen“ (MdS, 432), darf es keine Ausschlüsse geben, keine Vetorechte oder was auch immer.

Trotzdem bleibt unsere Intuition, dass etwas dran sei, an der Behauptung der höheren Angemessenheit der Entscheidung vor Ort. Dies gilt insbesondere, wenn die Entscheidungen nur die Leute vor Ort betreffen. Warum soll Bonn oder Wiesbaden entscheiden, wie man in Hausen den Marktplatz gestaltet. Das ist ohne Zweifel richtig. Doch wie ist es mit der Frage, ob eine Bahnlinie an Hausen vorbeiführt. Soll das auch eine Frage sein, die die Hausener entscheiden? Es ist diese Verwurzelung der Basisdemokraten in dem Kampf gegen Großprojekte, und die Hoffnung, da stimmen ‚die vor Ort‘ nie zu ‚die weit weg‘ (‚die da oben‘) dagegen schon, die diese starke Pro-Haltung gegenüber kleinen Einheiten speist.

Ich schlage dagegen vor, die Entscheidungsgewalt einer Gemeinde über ihren Marktplatz als eine vom Souverän abgeleitete Position zu verstehen. Solche Befugnisse der Gemeinde zu gewähren baut überflüssige, aber legitime Herrschaft ab. Nicht zuletzt auch, weil bestimmte Entscheidungen häufig tatsächlich dezentral angemessener getroffen werden. Diese beiden Punkte und das Gewährleisten von Selbstverwaltungskompetenzen (an Hochschulen, Schulen, ...) nenne ich demokratisch funktional.

- Kritik linksliberaler, parlamentsreformerischer Kreise:
Auch mit dieser Kritik will ich mich hier nur en passant auseinandersetzen. Sie kritisiert:

- dass das freie Abgeordnetenmandat nur auf dem Papier stände,
- die Einflusslosigkeit der einzelnen Abgeordneten,
- die mangelnde Trennung zwischen Legislative und Exekutive (Personalüberschneidungen).

Im Resultat ist dies die vielleicht anti-parlamentarischste Position. Lässt man den dritten Punkt außer acht, der problemlos umzusetzen wäre, so zielen diese beiden Punkte auf die Funktionsweise des heutigen Parlamentarismus. Einige Kernpunkte seiner Funktionsweise versuche ich im Anschluss zu erläutern. Vorweg möchte ich bemerken, dass meiner Meinung nach Reformen, die diese beiden Punkte tatsächlich änderten und das innerparlamentarische Kräfteverhältnis stark zu Gunsten des einzelnen Abgeordneten hin verschöben und die Fraktionsspitzen entmachten, zu einem völligen Verlust des Einflusses der Wähler führten. Dies erscheint nur auf den ersten Blick paradox, denn das Bisschen Einfluss, das man über Wahlen nehmen kann, hängt z.T. tatsächlich am kollektiven Abstimmen der Parteien im Parlament (Fraktionszwang). Stimmt tatsächlich jeder Parlamentarier nach seiner jeweiligen Überzeugung bei jeder einzelnen Sachfrage ab, auf den sich ergebnen heterogenen Prozess könnten die Wähler praktisch nicht einwirken.

Aufgaben des Parlaments

T5

Das parlamentarische System ist meilenweit von unseren normativen Vorstellungen einer demokratischen Steuerung der Regierung über das Medium des Rechts entfernt. Trotzdem wird die Bedeutung der Institution Parlament von vielen Parlamentarismuskritikern unterschätzt. Ihnen gilt das Parlament eher als pseudodemokratische Reminiszenz frühbürgerlicher Zeiten, deren Einfluss höchst begrenzt und deren Zeit abgelaufen ist. Doch diese Betrachtungsweise versperrt eher den Blick auf die Bedeutung des Parlaments. (Die folgenden Thesen (bis T18 inkl.) sind eine Auseinandersetzung mit Agnolis Kritik an den westlichen Verfassungsstaaten. Ich erläutere im Weiteren nicht, wo ich Agnoli zustimmend referiere und wo ich mich scharf von ihm abgrenze, denn das ist nur von akademischem und nicht von politischem Interesse. Letzteres verfolge ich aber mit diesem Papier, ersteres nicht.)

Zuzustimmen ist z.B. Agnoli darin, dass das Parlament kein Hebel der Volksmassen ist, direktdemokratische Herrschaft auszuüben. Durch das Repräsentationsprinzip und das freie Mandat ist dies ausgeschlossen. Des Weiteren ist richtig, dass das Parlament intern hierarchisch gliedert ist, und um mit einer polemischen Formulierung von Agnoli zu sprechen, wird damit „die Einflusslosigkeit der größten Zahl der Abgeordneten bestätigt, die - so betrachtet - tatsächlich das Volk vertreten, nämlich die Machtlosigkeit der Massen widerspiegeln.“ (Tdd, 61)

T6

Das Parlament in den wVs ist eine Institution der Regierung. Die Mehrheitsfraktion(en) stimmen so ab, wie es das Kabinett beschlossen hat. Die Regierung stützt sich auf diese Fraktion(en), sie wird nicht von ihr oder ihnen kontrolliert. Die Herolde der Regierung im Parlament (Fraktionsgeschäftsführer und Fraktionsvorsitzende der Regierungsparteien) orga-

nisieren einen reibungslosen Ablauf.

T7

Formell ist das Parlament das gesetzgebende Organ. Auf der Ebene der faktischen Bestimmung des Inhalts der Gesetze wäre es allerdings Kappes zu behaupten, dass Parlament erließe die Gesetze. De facto werden die Gesetze von der Regierung gemacht und passieren unverändert das Parlament. Das Parlament ist auf dieser Ebene der Beschreibung eine der Regierung nachgeordnete Behörde.

T8

Das Parlament wählt die Regierung. Die Zusammensetzung dieses Parlaments wird von der Bevölkerung beeinflusst, und über veränderte Zusammensetzung des Parlaments wird ein Elitenaustausch organisiert. Dieses Minimum an Demokratie wird durch freie, geheime und gleiche Wahl gewährleistet. Polemisch kann man das als demokratische Fürstenherrschaft bezeichnen. Wir haben die Möglichkeit die Leute zu bestimmen die am Ende unsere Fürsten wählen. Aber auf die Entscheidung der Fürsten haben wir praktisch keinen Einfluss.

T9

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Darauf lässt sich eine Intuition verdichten, die viele Debatten von uns über die Kritik des wVs durchherrscht. Das System, für vier Jahre seine Stimme abzugeben, soll ersetzt werden durch ein System, in dem politische Einflussnahme möglich bleibt, bspw. über Plebiszit. Diesen Überlegungen inhärent ist ein Misstrauen gegen die Personenwahl für die direkte Entscheidung in der Sache. Dieses Misstrauen wird durch viele falsche politische Versprechungen und politischen Dilettantismus der politischen Akteure genährt.

T10

Die Regierung muss sich im Parlament bewähren. Sie muss (gesellschaftliche) Kompromissbildung über Gesetzgebung organisieren, die richtigen Leute und Interessengruppen einbinden usw. Die Regierung ist nicht völlig frei zu tun, was ihr gefällt. Genau in diesem Zwang zum Kompromiss liegt ein wesentlicher Motor der Systemintegration und hierher kommt auch die große Flexibilität und Belastbarkeit der parlamentarischen Systeme. D.h. natürlich überhaupt nicht, dass das im Parlament geschieht. Der zwischen Regierung und Stromwirtschaft ausgehandelte Kompromiss über den so genannte Ausstieg aus der Atomkraft (in Wirklichkeit ein Moratorium über den Neubau von Atomkraftwerken), kam ganz ohne deren Parteigänger im Parlament zustande. Diese Parteigänger allerdings, werden über den Kompromiss eingebunden. Nebenbei sollte auch klar sein, dass Systemintegration an sich nichts Schlechtes ist. Dass es das Trio bürgerliche Gesellschaft, kapitalistische Ökonomie und westlicher Verfassungsstaat schafft, politischen Widerstand einzubinden, indem es sich tatsächlich wandelt und damit Probleme, die dieser Widerstand thematisiert ganz oder teilweise lösen kann, ist an sich eher ein Vorzug denn ein Nachteil. Ich jedenfalls möchte - aus ökologischer Sicht - nicht mehr in der BRD vor 20 Jahren wohnen in der bspw. Fische in der Regel bäuchlings nach oben die Flüsse herunter schwammen. Ein Problem sollten wir mit der Integrationswirkung nur dann haben, wenn sie a) dazu führt, dass die politischen Probleme nicht tatsächlich gelöst werden und insbesondere b) bei Themen die eine antikapitalistische und sozialreformerische oder demokratische Opposition vorbringt.

T11

Dieser Prozess der Einbindung differierender Interessen wird im Normalbetrieb der wVs zu einem großen Teil von den Verwaltungen erledigt. Hierbei filtert die Verwaltung aus der Menge der möglichen Interessen die Kombination heraus, die ihr im Kraftfeld zwischen Notwendigkeit und politischer Opportunität als sachdienlich und mehrheitsfähig erscheint. Dies beeinflusst selbstredend den Inhalt der Gesetze zutiefst. Folgende Zurichtungen unternimmt die Verwaltung hierbei: - ihre spezifische Selektivität der Problemanalyse und Frageformulierung, - ihre eigene Interessenformulierung (nationale Interessen, Interessen der Region, Apparateinteressen usw.), - ihre Selektivität der Einschätzung von Widerständen und - ihre Selektivität in der Einschätzung der relevanten Kräfte, die eingebunden werden müssen. Dieser Prozess ist für die inhaltliche Systemintegration von großer Bedeutung.

Systemintegration

T12

Oben habe ich die vorherrschende linke Parlamentarismuskritik als defizitär zurückgewiesen, u.a. weil sie den Fokus falsch ausrichtet. Aber auf was sollte unser Blick gelenkt werden? Mancher wird sich vielleicht schon einmal gefragt haben, wie so sich eigentlich, trotz bürgerlicher Emanzipation, Freiheitsrechten und bürgerlicher Demokratie die Sache der Linken nie gescheit durchgesetzt hat. Lag es nur daran, dass es keine Mehrheit für linke Positionen gab? Gemeinhin wird dieses Phänomen mit Floskeln wie ‚der Kapitalismus / der bürgerliche Staat integriert die Systemopposition‘ beschrieben. Als hinreichende Erklärung habe ich das in T3 zurückgewiesen. Vielmehr als um eine Erklärung scheint es sich dabei um eine Fragestellung zu handeln. Eine solche alternative Frageformulierung wäre: Was gewährleistet eigentlich den Klassencharakter des Systems? Um ein Bild zu benutzen: Wie sieht die Black Box der wesentlichen institutionellen Arrangements aus, die dazu führen, linke Impulse zu befrieden? Dies ist die Kernfrage der Kritik an den wVs.

T13

Bevor ich herauf weiter eingehe, möchte ich noch etwas zur Reichweite der Systemintegration sagen. Wenn von Systemintegration die Rede ist, so wird immer auch davon ausgegangen, dass dies friedlich vonstatten geht. Wir dürfen aber nicht aus dem Auge verlieren, dass einige recht erfolversprechende sozialistische Umgestaltungsversuche, die über Wahlen (oder breit getragenen Umwälzungen) an die Macht gekommen sind, recht eindrucksvoll vorgeführt bekamen, dass sie die Machtfrage gestellt hatten. Ich denke z.B. an den Putsch von Pinochet in Chile, oder auch, wenn es sich nicht um ein normales kapitalistisches Land handelte, an die Niederschlagung des Prager Frühlings. Insofern sagt die Erfolglosigkeit solcher Umgestaltungsversuche etwas darüber aus, wie mächtig der Gegner ist, und nicht, dass sie nicht prinzipiell möglich sind.

Es sagt übrigens auch nichts darüber hinaus, als dass solche Umgestaltungsversuche gewaltförmig erfolgreicher sind. Gegen das Militär in Chile oder die versammelten Truppen des Warschauer Paktes ist nicht gut Revolution machen.

T14

Eine bekannte Erklärung, wie der Klassencharakter hergestellt

wird, lässt sich an der „neuen Mitte“ beispielhaft erklären. Im Grunde ist es ein spieltheoretisches Argument. Alle (großen) Parteien schießen nach der Mitte weil man die Mehrheit gewinnen muss, um zu regieren. Daraus entsteht eine starke Tendenz sich den hegemonialen öffentlichen Debatten anzupassen, um genau diese Wähler zu gewinnen.

T15

DIE GRÜNEN hatten im Umgang mit diesem Problem eine strategische Idee. Ihre Parlamentsfraktionen sollten Spielbein ihrer Politik sein, das Standbein sollte ihre Verankerung im Parlament ausmachen. Es war eine jener vielen Zwei-Wege-Strategien, wie es in 70ern und 80ern so viele gab (Marsch durch die Institutionen, Zwei-Wege-Strategie der Jungdemokraten, damals noch Jugendorganisation der FDP, Doppelstrategie der Jusos). Keine dieser Strategien wurde ernsthaft gezielt durchgesetzt. Es wurde so getan als würden Institutionen sich neutral auf die Ziele und Vorstellungen der Akteure verhalten. Ohne die entsprechende soziale Anbindung der Akteure verloren sie ihre Ziele aus den Augen bzw. transformierten sich diese.

Im Grunde waren viele dieser Strategien eher ein Kompromiss zwischen den bürgerlichen Lebenszielen einer heranwachsenden politischen Elite und ihren politischen Vorstellungen. Häufig genug waren dies Formelkompromisse ohne jede praktische Relevanz. Bei Jugendverbänden wie Jungdemokraten / Junge Linke hatten diese Formelkompromisse darüber hinaus noch eine andere Funktion. Man konnte mittels dieser Zwei-Wege-Strategie in den 70ern (bis 1982) eine wunderbare ideologische Rechtfertigung aufbauen, warum die Spitzen der Jungdemokraten dringend FDP-Nachwuchspolitiker mit Parlamentsposten werden mussten. Dies kam sicher den Nachwuchspolitikern entgegen, es stärkte aber auch den Einfluss der Organisation in Öffentlichkeit und Mutterpartei.

T16

In T15 habe ich auf die Integration einiger politischer Akteure verwiesen. Mir scheint es wichtig diese Integration von der Interessenintegration (und u.U. -transformation) zu unterscheiden.

T17

Betrachtet man die Selektivität (den Klassencharakter) der wVs, so muss man die Kritik daran vereinbaren mit bestimmten Problemen demokratischer Prozesse überhaupt:

(1) Zwar haben wir mit der bürgerlichen Gesellschaft im Allgemeinen und einer weitgehend privatwirtschaftlich organisierten Presse im Besonderen schlechte Voraussetzungen für den demokratischen Prozess. Allerdings muss man zur Kenntnis nehmen, dass jeder demokratischen Prozess in einer vermachteten Öffentlichkeit unter mindestens partiell undemokratischen gesellschaftlichen Verhältnisse startet. Manche wohlmeinende Kritiker formulieren die Startvoraussetzungen für einen demokratischen Prozess zu voraussetzungsvoll. Wenn eine Demokratisierung als Start für den demokratischen Prozess bereits erfolgreich gewesen sein muss, so steht man einer widersprüchlichen Konstruktion gegenüber. Nebenbei kann man damit die Idee praktisch immer gegenüber der Wirklichkeit in Schutz nehmen.

(2) Voraussetzung für Demokratie ist, dass der demokratische Prozess offen ist, d.h. der Souverän irren kann. Das wiederum

macht es so schwer zu lokalisieren, was wir dem Klassencharakter zuschreiben sollten. Interessanter Weise gibt es bemerkenswert große Teile der so genannten radikalen Linken (z.B. Antideutsche) die ein sehr starker antidemokratischer Impuls antreibt, und die z.B. gegen Volksabstimmungen u.ä. mindestens einmal unter kapitalistischen Bedingungen sind. Unklar bleibt, warum sie überhaupt glauben, dass es besser sei die Herrschenden irren, als die Beherrschten. Wer glaubt - und warum -, dass die Herrschenden häufiger den Interessen der Emanzipation entsprechen? Und wer glaubt und warum, dass sie besonnener seien?

T18

Ich habe versucht zu zeigen, dass es folgende Schutzwälle gegen sozialistische und / oder radikaldemokratische Veränderung gibt:

- (1) die Selektivität der Verwaltung;
- (2) die Unabhängigkeit der Regierung;
- (3) die Prozesse der Auswahl des politischen Personals;
- (4) die besonderen Regeln, nach denen sich die Politik in einer parlamentarischen Demokratie vollzieht;
- (5) die vorgegebene Machtverteilung, insbesondere auf die veröffentlichte Meinung;
- (6) die Ideologie, die diese Punkte absichert.

Abgrenzung

T19

Gegen Demokratie wird eingewandt, sie erzeuge Recht. Da Recht ohne Zwangsdurchsetzung undenkbar ist, wenden manche ein, wer gegen Zwang und Unterdrückung sei, müsse auch gegen Recht sein, wer gegen Recht sei, auch gegen Demokratie.

Im Grunde ist das auch richtig. Vernachlässigt wird hier allerdings die Dialektik des Rechts: Es ist eben Unterdrückungsinstrument und Medium der Freiheitssicherung. Dort, wo in modernen Staaten die Allgemeinheit des Rechts zu existieren aufhörte, gab es auch die (dürftigen) Freiheitssicherungen des bürgerlichen Rechtsstaates nicht mehr, dort konnte ein nationalsozialistischer Staat bar jeder Rechtsbindung ‚jedem das Seine‘ (Eingangstor KZ Buchenwald) zuteilen.

Diese Dialektik des Rechts wird auch in seiner machttheoretische Beschreibung deutlich: Beschreibt man Recht als Teil einer Normierungspraxis, so wird man es meist nicht zureichend beschreiben, wenn man nur die repressive Funktion analysiert, und seine produktive Seite übersieht.

Politische Sprache

T20

Als öffentliche Sprache prinzipiell die wissenschaftliche Sprache zu benutzen, wie es Teile der geschicht-daher-redenden Linken tun, ist ein Irrweg. Erstens täuscht der wissenschaftliche Sprachgebrauch häufig Präzision nur vor, zweitens scheint es aufgrund der vermachteten Strukturen ohnehin fraglich, die Wissenschaft bruchlos und affirmativ als Vorbild zu nehmen (von Namedropping bis Professorenstatus). Diese ist vom wissenschaftlichen Ideal einer von kommunikativer Rationalität geleiteten Community so weit entfernt, wie die reale existierende Öffentlichkeit vom bürgerlichen Ideal.

T21

Die Sprache über öffentliche Angelegenheiten ist mehrfach vermachtet. Das Reden über öffentliche Angelegenheiten gehört zum elaborierten Teil unserer Sprachcodes. Es grenzt sozial aus.

T22

Das Reden über öffentliche Angelegenheiten gehört zu begrifflich völlig unklaren Verhältnissen. Die Verwendung von politische Begriffen wie Eigentum, Leistung, Gerechtigkeit, Solidarität, Reform usw. ist vollkommen bedeutungslos. Das liegt insbesondere daran, dass sie keine feste praktische Bedeutung entfalten, wie das alltägliche Dinge tun. Politisch macht das eine Verständigung über Fragen, für die diese Begriffe von Bedeutung sind, fast unmöglich - ein Desaster. (Manchmal kann man sich damit behelfen, dass zu Beginn einer Diskussion, jemand seine Deutung hegemonial machen muss.

Ist alles Politik?

T23

Nur bestimmte soziale Handlungen sind Politik. Natürlich kann ein kluger politischer Kopf wachen Bewusstseins Literatur lesen, Musik hören, studieren oder ihren Freund lieben. Aber politisches Handeln liegt hier nur in ziemlichem Spezialfällen vor. Es gibt soziale Regeln, die diesen Bereich - den des Politischen - konstituieren und ihn abgrenzen von anderen, z.B. dem des Privaten. Darüber hinaus sind andere Regeln für den Bereich der organisierten Politik aktiv: die Gesetze, nach denen Öffentlichkeit funktioniert, die Wahrnehmungsraster der Adressaten von Politik, die politische Selbstbeschreibung der politischen Verbündeten und Gegner.

T24

Nur im Medium der Politik ist Gesellschaftsveränderung durchsetzbar. D.h. zunächst einmal muss man ihren Regeln folgen. Sie zu brechen macht nur Sinn, um kalkuliert etwas durchzusetzen oder zu verschieben.

Differenzen zwischen Kritik und eigener politischer Praxis

T25

In unserer Kritik am wVs werten wir die Personalauswahl systematisch zu Gunsten der Demokratisierung ab. In unseren eigenen Strukturen und Institutionen, in denen wir arbeiten, setzen wir häufig Personen durch. Gerade, weil wir wissen, dass die Personalauswahl manchmal wichtiger sein kann als die für einen Sachantrag errungene Mehrheit.

T26

Mir scheint eine zweite Fragerichtung interessant, die auf Selbstreflexion unseres politischen Handelns zielt: Wie viel bürgerliche Politik muss eine Organisation wie die unsere machen? Stellen sich hier nur Klugheitserwägungen (Nützlichkeit für die eigenen Interessen usw.) oder gibt es systematische Grenzen? Und wenn ja welche?

In der Kritik J. Agnolis und vieler anderer am wVs spielen die Techniken der Macht (die *arcnum imperii*) eine wichtige Rolle. So erläutert er z.B. die Herausbildung eines staatsbürgerlichen Bewusstseins (dies ist hier ein kritischer Begriff) und damit die völlige Entpolitisierung großer Teile der Bevöl-

kerung an folgendem Beispiel: Es wird von den Parteien verlangt, dass sie ihre internen Konflikte verheimlichen. Wenn ein Vorstand nach außen sichtbar streitet, so gilt diese Partei als ‚zerstritten‘, ‚uneinig‘ usw. Den GRÜNEN, die sich lange z.T. auch bewusst nicht daran gehalten haben, wurde dies immer wieder vorgehalten. Diese verbreitete Einstellung in der Bevölkerung und in den Medien, das Verlangen nach Geheimhaltung, entspricht der Interessenlage der Führungsstäbe der Parteien. Diese besteht darin, (a) das Wissen über ausnutzbare Konflikte nicht in die Hände des politischen Gegners kommen zu lassen, und darin (b) die Entscheidungen gegenüber der Bevölkerung und der eigenen Parteibasis, so lange wie nötig geheim zu halten. Beides macht das Herrschen einfacher. Es wird von den Parteien verlangt, die Geheimnisse der Macht für sich zu behalten. Zumindest (a) gehört zu den Grundfesten der alten DL-Politik, und wenn die DL weiter klug handelt, auch der neuen. (Eine politische Organisation handelt in Bezug auf die Öffentlichkeit so dass sie versucht, z.B. Konflikte im AstA so darzustellen, dass sie gut wekommt. Insofern könnte man vielleicht sagen, dass auch wir einige Aspekte von (b) teilen. Allerdings gibt es hier Grenzen. Die von Jürgen in der Satzung der Studentenschaft verhandelten Oppositionsrechte sind die stärksten einer StuPa-Opposition, die mir überhaupt bekannt sind (Akteneinsichtsrechte usw.)) Dabei haben wir uns früher intern so heftig gestritten, wie es andere Gruppen nicht einmal untereinander tun. Allerdings muss man hier einschränkend sagen, dass es gegenüber der Gruppensitzung keine Geheimnisse gab. Aber wir haben immer selbst *arcana imperii* benutzt und tradiert. Festzuhalten bleibt: Unter Bedingungen einer vermachteten Öffentlichkeit gehen wir strategisch mit Öffentlichkeit um

Im Text ist an mehreren Stellen von „System“ und „Umwelt“ die Rede. Diese Kategorien gehen auf die Systemtheorie zurück. Gemeint ist mit „System“ im Text der bürokratische Apparat. Mit „Umwelt“ ist die Umgebung des Systems gemeint, d.h. andere Systeme wie z.B. die Politik bilden die Umwelt des Systems Bürokratie. Systeme funktionieren intern nach eigenen Regeln (Codes), sie treten allerdings auch mit den anderen Systemen sprich ihrer Umwelt in Interaktionsbeziehungen.

verwendete Literatur:

Florians Text basiert hauptsächlich auf dem Buch „Die Politik der Bürokratie“ von Hartmut Häussermann, erschienen 1977 im Campus-Verlag, Frankfurt / New York

3.2. Der strukturelle Konservatismus der Staatsbürokratie(n) von Florian Rödl

I. Prämissen

1. Im Zuge der zunehmenden Vergesellschaftung, d.h. Zunahme von Arbeitsteilung und Interdependenz, wachsen der staatlichen Bürokratie immer mehr Aufgaben zu. Diese Tendenz wird politisch verstärkt durch die sozialen Ansprüche der Eigentumslosen in der bürgerlichen Demokratie. Der Übergang von der vorwiegenden Ordnungsfunktion des bürgerlichen Staates auf Leistungs- und Gestaltungsfunktion des sozialen Interventionsstaates, die resultierende Vielfalt und Komplexi-

tät seiner Aufgaben und die Anpassungsimperative an die beschleunigte gesellschaftliche Entwicklung hat -, vielleicht nicht notwendig aber historisch - das politische Entscheidungszentrum Exekutive gegenüber dem Souverän, bzw. seinem Repräsentanten, dem Parlament, gestärkt.

2. Darüber hat sich zusätzlich ein hoher Dezentralisationsgrad der Entscheidungsprozesse in der Bürokratie herauskristallisiert, d.h. Verschiebung des Entscheidungszentrums von der politischen Führung an die bürokratische Basis. Die ministeriellen Basiseinheiten, die Referate, sind untereinander formell nach Aufgaben und Zuständigkeitsbereichen abgegrenzt. Dort werden die Probleme identifiziert, Lösungsinitiativen erdnen und später durchgeführt. Das Grundmodell des Kontakts mit anderen Referaten oder Ressorts ist das der negativen Kooperation: aus Gründen der Arbeitsökonomik und des innerbürokratischen Einflusses wird versucht, nur diejenigen Problemaspekte wahrzunehmen, die auch mit den eigenen Mitteln zu bearbeiten sind. Nach konservativer Verwaltungslehre ist das die einzige Möglichkeit, die komplexen Probleme überhaupt zu bearbeiten, nicht rational aber systemrational.

II. Informationspositionen und -hierarchien

3. Für demokratischen und sozialen Fortschritt einerseits, für Systemerhaltung (jedenfalls nach der keynesianistischen Auffassung) andererseits ist langfristige politische Planung notwendig. Sie ist auf der Voraussetzungsseite auf Fach- und Dienstwissen der Referate, deren Personal beim politischen Wechsel nicht mehr ausgetauscht wird, angewiesen. Das betrifft schon die Wahrnehmung und Beschreibung von Problemen, aber auch Wissen um (un)taugliche Lösungsmuster und v.a. die Durchführungsdimension (inkl. Erfahrung, Routine, Kontakte im Umgang mit Kooperationspartnern und Adressaten, bzw. bisweilen schwierig zu explizierende Information darüber).

4. Der Informationsstand der Referate übertrifft den der politischen Führung quantitativ und qualitativ aufgrund der Kontinuität der Bereichsbearbeitung und der bestehenden ggf. sogar nur informellen Austauschbeziehungen mit der Umwelt (Klientel, Adressat, Träger, Kooperationspartner). Informationen und das know-how der Informationsverarbeitung verkörpern Einflußpositionen, derer sich kein Verwaltungssektor und keine Verwaltungsebene freiwillig begibt, ihre Weitergabe ist aber auch nicht erzwingbar.

III. Bürokratischer Binnenpluralismus als Resultat informationeller Außensteuerung

5. Die Verwaltungseinheiten sind ihrerseits auf Informationen von außen angewiesen. Diese erhalten sie im Rahmen von stabilen Beziehungen von Bürokratie und Umwelt. Dabei handelt es sich um Austauschverhältnisse, d.h. Information und Kooperation der Umwelt (und damit Einflußzunahme der Verwaltungseinheit) erfordern als Gegenleistung ordentliche Interessenvertretung des Umweltbereichs innerhalb der Verwaltung. Damit verliert - nach Parlament und Regierung - auch die Verwaltungseinheit ihre Autonomie, es entsteht der Zustand permanenter „sanfter“ Außensteuerung der Verwaltung.

6. Bürokratie?Umwelt?Beziehungen schlagen sich für die Ver-

waltungseinheit im administrativen Entscheidungsprozeß als Einflußposition nieder. Die Bürokratie selektiert darum nicht alle rational erforderlichen, sondern die für die eigene Position strategisch bedeutsamen Informationen. Überdies schafft sich jede Verwaltungseinheit zur Einflußsteigerung ihre „Klientel“, ihren gesellschaftlichen Umweltbereich (so daß nicht nur bereits machtvoll organisierte gesellschaftliche Interessen präsent sind), zu dem sie exklusive Informationsbeziehungen unterhält und deren möglicher Widerstand, als öffentlicher im Entscheidungsprozeß oder als sabotierender im Rahmen der Durchführung, sie ggf. mahnend ins verwaltungsinterne Entscheidungsfeld führen kann.

7. Die Austauschbeziehungen sind demnach symbiotisch: Sie führen zum Vorteil des Umweltbereichs zu effektiver Interessenvertretung in der Administration, und zum Vorteil der Verwaltungseinheit sorgen Informationsgewinn und gesellschaftliche Macht des Klientels zu Einflußgewinn innerhalb der Administration.

8. Der schon aus dem internen Prozeß der Entscheidungsstruktur ableitbare Konservatismus, bekommt auf diese Weise eine materielle Basis. Es stehen nicht nur institutionelle Egoismen der Verwaltungseinheiten im Widerstreit, hinter ihnen stehen widersprüchliche gesellschaftliche Interessen. (Damit ist auch die Grenze von Organisationsreformen markiert. Soweit dadurch die institutionalisierten Klientelbeziehungen beeinträchtigt würden, hieße die Organisationsreform durchzusetzen bereits, ein gesellschaftlich mächtiges Interesse zu brechen, bedeutete also selbst schon die politische Reform.) Generiert sich politische Entscheidung als Kompromiß? Resultante eines z.T. vorgefundenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses ist sie tendenziell konservativ, und zwingend ungeeignet, gesellschaftliche Machtstrukturen zu überwinden.

9. Die Außensteuerung der Bürokratie wiederholt sich noch einmal in der Durchführungsphase durch reale Einflußnahmen von privaten Trägern, Kooperationspartnern und Adressaten, die u.U. doch noch vorhandene politisch rationale Steuerungsentscheidung konservierend unterlaufen können.

IV. Pluralismus der Bürokratien

10. Der Pluralismus der Bürokratie wiederholt sich im Verhältnis zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen, im Feld der sog. Politikverflechtung der Ebenen von Kommune, Land, Bund und Europa. Dort treffen aber nicht unterschiedliche Klientele, sondern unvereinbare Rationalitätskriterien, Interessenlagen, Entscheidungskalküle aufeinander (bspw. Subventionierung des lokalen Wirtschaftsraumes in der Strukturkrise vs. gesamtwirtschaftliche effizienteste Staatsinvestition). Je komplexer die Probleme werden, je höhere Integration verschiedener Bürokratien sie also erfordern, desto mehr zusätzliche Interessen ziehen in den Entscheidungsprozeß ein, so daß am Ende das ursprüngliche Problem in den Hintergrund gerät.

11. Die föderale Politikverflechtung in Verbindung mit anderen Entscheidungen des Pluralismus der Bürokratien erfüllt die Funktion, wirksam artikulierte neue Ansprüche und Proteste kleinzuarbeiten. Haben sie an einer Stelle Gehör gefunden und am Ende doch keinen Erfolg, ist Zeit vergangen und kein Schuldiger zu finden, so daß erneute Mobilisierung

schwer fällt.

V. Sozialisation des bürokratischen Personals

12. Das bürokratische Personal entstammt - anders als das politische - in erster Linie der Ober- und Mittelschicht. Viel zu viele sind Juristen und haben entsprechend die schlechten Eigenschaften von typischen Absolventen eines Jurastudiums, neben allgemeinen autoritären Einstellungen v.a. ihre affirmative Einstellung zum gesellschaftlichen Status quo. „Extremistische“ Haltungen sind über die Einstellungsvoraussetzungen ausgeschlossen.

13. Auch die innerbürokratischen Mechanismen bilden einen Status quo affirmierende Sozialisation: Referendariat und das Anreizsystem Beförderung: Wer den Konsens bedient, macht nichts falsch; wer innovativ wird, erzeugt Arbeit und trägt das Erfolgsrisiko; wer vorzeitig befördert werden will, muß sich möglichst sensibel an die Beurteilungskriterien des maßgeblichen Vorgesetzten anpassen.

VI. Umkehrung: Kleinarbeitung progressiver Programme durch politische Führung

14. Je höher eine Entscheidung innerhalb der Bürokratie autoritativ entschieden wird, desto weniger spielen die sozialen Ausgangsprobleme eine Rolle, vielmehr gewinnen Eigeninteressen der Bürokratie / politischen Führung die Oberhand, v.a. fiskalische, arbeitsökonomische und der Imperativ, politische Risiken zu vermeiden und kurzfristige Erfolge zur Loyalitätssicherung zu erreichen.

15. Die Haushaltsplanung geht nach dem Prinzip der negativen Koordination vor sich (bilaterale Verhandlungen innerhalb der Ressorts und zwischen Ressort und Haushaltsabteilung), d.h. sie ist v.a. beherrscht durch Besitzstandswahrung, so daß nur durch Einnahmesteigerung überhaupt Mittel für politische Innovationen freiwerden. Auch hier geht es bei der Besitzstandswahrung nicht nur um den Egoismus der Verwaltungseinheit, sondern auch um die jeweils repräsentierten Interessen.

Kritische Rechtswissenschaft und Kritische Justiz

von Jürgen Bast, Oliver Brüchert, Bettina Friedrich, Danielle Herrmann, Florian Rödl

Der folgende Beitrag wurde anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Zeitschrift Kritische Justiz (KJ) verfasst und auf Einladung der KJ-Redaktion auf der Festveranstaltung am 30. Oktober 1998 zur Diskussion gestellt. Die KJ veröffentlichte das Thesenpapier in einer überarbeiteten Fassung in Heft 2/1999, S. 313 ff.

Der hier dokumentierte Text ist um einen längeren Einleitungsteil gekürzt, der sich kritisch mit der redaktionellen Konzeption und dem theoretischen Selbstverständnis der Zeitschrift auseinandersetzt. Die Autoren beschreiben dort

die KJ als Projekt einer Juristengeneration, die es erreicht hat, die Hermetik der postfaschistischen deutschen Justiz, wie sie während Nachkriegszeit auftrat, aufzubrechen. Die von den Autoren diagnostizierte Konturenlosigkeit der heutigen KJ deuten sie als Ausdruck der Erfolgs, aber auch der theoretischen Schwächen dieser mittlerweile etablierten Strömung der Rechtswissenschaft.

Die Autoren - sämtlich mit jungdemokratischem Hintergrund - haben Jura, Soziologie und/oder Philosophie studiert und arbeiteten zum damaligen Zeitpunkt als wissenschaftliche Mitarbeiter, als Rechtsreferendar oder als Rechtsanwalt in Frankfurt bzw. Berlin.

Kritische Rechtswissenschaft als radikaldemokratisches Projekt

Was kritische Rechtswissenschaft heißen könnte, muss aus unserer Sicht heute wieder neu bestimmt werden. Als paradigmatischen Bezugspunkt für die Neukonstituierung einer kritischen Rechtswissenschaft schlagen wir eine radikaldemokratische Orientierung vor, verstanden als wissenschaftliches und politisches Projekt zukünftiger kritischer Rechtswissenschaft. Damit soll von einem normativen Bezugspunkt aus ein bestimmter rechtswissenschaftlicher approach bezeichnet werden, der - im glücklichsten Fall - zugleich als Klammer um reformorientiertes politisches Handeln, um die Entwicklung pragmatischer Alltagsstrategien in berufsbezogenen Kontexten fungieren kann.

Was zeichnet die radikaldemokratische Orientierung in normativer Hinsicht aus? Unspektakulär beruht sie auf der Forderung, dass alle Menschen frei sein sollen. Die Freiheit des Menschen kann in seiner gesellschaftlichen Existenz nur die Form der Demokratie annehmen, d.i. gesellschaftliche Selbstbestimmung im Medium des Rechts, da allein sie gleiche Freiheit aller ermöglicht. Solcher Universalismus beinhaltet eine konsequent prozeduralisierte Gerechtigkeitskonzeption, die um die Idee kollektiver Selbstbestimmung mittels der Gesamtheit derjenigen selbstgegebenen Rechtserzeugungsregeln zentriert ist, die sich am Maßstab von Freiheit und Gleichheit als gerecht ausweisen lassen.

Radikaldemokratie bedeutet, die Verwirklichung menschlicher Freiheit, die Auflösung illegitimer Herrschaftsverhältnisse durch Demokratisierung, als unabschließbaren Prozess aufzufassen. Sie formuliert einen kritischen Maßstab, der an die gegenwärtigen Verhältnisse anzulegen ist und der zugleich zuverlässig verhindert, sich bequem in ihnen einzurichten. Sich realistisch missverstehende Einwände, die der radikaldemokratischen Orientierung entgegenhalten, die Einlösung demokratischer Forderungen sei aufgrund unbearbeitbarer gesellschaftlicher Komplexitäten unmöglich, gehen deshalb schon begrifflich in die Irre. Denn Radikaldemokratie enthält eine unendliche Forderung, die die normativ angeleitete Kritik der Gesellschaft nie zum Stillstand kommen lässt und es darum vermag, die praktischen Kämpfe um demokratischen Fortschritt stets von Neuem und auf allen gesellschaftlichen Ebenen anzutreiben und ihnen eine Richtung zu geben. Dass die Steuerungskapazität des Rechts immer wieder an Grenzen stößt, widerspricht keinesfalls dem kontinuierlichen Versuch, komplexe rechtliche Verfahren kreativ gegen die Hermetik vermachteter gesellschaftlicher Strukturen in Anschlag zu bringen.

Damit ist zugleich eine zweite Dimension der radikaldemo-

kratischen Position angesprochen. Sie ist politisches Projekt, das auf die praktische Veränderung gesellschaftlicher Institutionen und Strukturen drängt. Diese Konzeption ist nicht von einem fertigen Modell eines politischen Systems her gedacht, das dem geltenden (der Selbstbeschreibung nach parlamentarisch geprägten) gegenüberzustellen wäre und nur noch kurzerhand als Alternativ-Verfassungsentwurf juristisch ausformuliert werden müsste. Weder kann das politische Projekt der Radikaldemokratie überwiegend oder allein das Geschäft der Juristen sein; es bedarf politischer Akteure, die gesellschaftliche Substrukturen mit ihren Emanzipations- und Partizipationsanforderungen konfrontieren und in den vielfältigen Formen politischer Konfliktaustragung Veränderungen erkämpfen. Noch zielt es darauf ab, einzig richtige Antworten auf artikuliert Interessenkonflikte und gesellschaftliche Problemkonstellationen zu geben. Radikaldemokratische Transformationsprozesse zeichnen sich durch einen experimentellen Charakter aus. Sie verlangen nach einer Vielzahl differenzierter konzeptioneller Entwürfe und nach praktischer Erprobung von Verfahrens- und Regelungsarrangements demokratischer Selbststeuerung, einschließlich ihrer beständigen Evaluierung an radikaldemokratischen Maßstäben.

Das demokratische Versprechen gesellschaftlicher Selbstbestimmung in Rechtsform ist nur in einem rudimentären und gleichwohl stets neu gefährdeten Maße eingelöst. Die (Durch?)Setzung von Rechtsnormen - wobei wir in diesem Zusammenhang nicht zwischen Normgebung und Rechtsanwendung differenzieren - ist ein zentrales gesellschaftliches Steuerungsmedium. Sie ist heute das Produkt elitär abgekapselter, ganz überwiegend informell und nicht-öffentlich organisierter Aushandlungsprozesse, die durch das Recht der Rechtsetzung allenfalls vage angeleitet werden. Die dominanten Akteure in diesen Prozessen sind in erster Linie Regierungsbürokratien und Obergerichte, die ihrerseits selektiv Experten aus Wissenschaft, staatlichen Apparaten, gesellschaftlichen Interessenorganisationen und Parteipolitik integrieren, ohne dass hierfür in relevantem Umfang demokratische Verfahrensvorgaben bestehen. Nur höchst begrenzt sind Rechtsetzungsprojekte Gegenstand öffentlicher Erörterung in politisch verantwortlichen Organen. Es ist wenig überzeugend, solche Rechtentwicklung als das Produkt rationaler Diskurse zu begreifen, in denen sich die je besseren Argumente durchsetzen könnten. Vielmehr bilden die Ergebnisse der Rechtsproduktion regelmäßig die Konstellation asymmetrisch verteilter Kräfte der Beteiligten ab und sind darum weitgehend durch die sozialen Machtverhältnisse vorherbestimmt. Gemessen am Prinzip materiell gleichberechtigter Teilnahme aller Betroffenen, die in Formen rechtlicher Institutionalisierungen der Erzeugung von Rechtsnormen einzulösen wäre, verläuft Rechtsetzung weithin vermachtet und undemokratisch. Für radikale Demokratisierung der Gesellschaft einzutreten, bedeutet darum zentral, den Prozess der Rechtsentwicklung zu demokratisieren.

Die herrschende akademische Rechtswissenschaft nimmt in diesem Prozess verselbständigter Rechtsentwicklung, in der Reproduktion eines von seinen Adressaten entkoppelten, expertokratischen Rechtssystems, eine prominente Rolle ein: über ihre durch wissenschaftliche Titel mit Gewicht versehenen Debatten in Zeitschriften und Zeitungen, über Ausbildung und Rekrutierung des Personals von Bürokratie und Justiz, über Gutachten und Anhörungen, und nicht zuletzt über ihre Vorschläge für findig-kreative Fortentwicklungen des geltenden Rechts für die nicht-akademischen Rechtsanwender. Um

ihrer Funktion gerecht zu werden, ist heute kein Juristenstand (mehr) vorausgesetzt, der durch sozialen Hintergrund, Habitus und Weltanschauung strikt integriert wäre. Aufruhend auf eher allgemeinen Konsensen - über die fundamentale Bedeutung der Juristen für die Gesellschaft, die Passivität des Gesetzgebers und die Naivität des Laien u.Ä. - ist Rechtswissenschaft heute durch ein gewisses Maß an zulässiger Pluralität gekennzeichnet, die sich auch noch in den akademischen Debatten widerspiegelt. Gerade indem Rechtswissenschaft in Form von h.M. [„herrschende Meinung“. Wenn eine „h.M.“ über eine Auslegung einer Rechtsnorm existiert, ist sie allgemein gültig und wird von den Gerichten so angewendet.] und a.A. [„andere Ansicht“. Damit werden Minderheitenmeinungen bezeichnet, die nicht von den maßgeblichen Fachjuristen vertreten werden.] auftritt, ermöglicht sie eine moderate Fortentwicklung des Rechts und erzeugt zugleich - unaufrechtig oder unwissend - den Schein einer dem politischen Prozess entzogenen materialen Rationalität ihres Diskurses. So täuscht sie über den objektiven Charakter ihrer Tätigkeit als Beitrag zu herrschaftlicher Gemeinwohlverwaltung hinweg, die von einer von demokratischer Legitimation weitgehend entlasteten juristischen Gerechtigkeitsexpertokratie organisiert wird.

Kritische Rechtswissenschaft und kritische Rechtspraxis

Sicherlich sind viele Akteure kritischer Rechtswissenschaft institutionell in die herrschende akademische Rechtswissenschaft eingebunden. Um so schwieriger aber auch dringlicher ist es, eine Alternative zur traditionellen Funktion von Rechtswissenschaft im Rechtsproduktionsprozess auszuarbeiten. Will sich kritische Rechtswissenschaft in den akademischen Institutionen nicht ihrerseits damit bescheiden, soziale Konflikte im opaken Rechtscode auszutragen und die dabei verfolgten politischen Interessen zu verschleiern, eignen sich ihre Beiträge gerade nicht als Stimmlage im gemischten Chor des rechtswissenschaftlichen Diskurses von h.M. über a.A. bis g.a.A. [„ganz andere Ansicht“. Wird hier etwas ironisch im Sinne von „irrelevant“ benutzt.] Die Alternative kann nach unserer Überzeugung dadurch eröffnet werden, dass sich kritische Rechtswissenschaft selbst versteht als eine intellektuelle Praxis, die sich im Rahmen eines gemeinsamen radikaldemokratischen Projekts im Recht zu jeder kritischen Rechtspraxis im engeren Sinne als komplementär begreift. Mit Rechtspraxis sind dabei alle Felder der Rechtsgestaltung bezeichnet - Justiz, Politik und Verwaltung, akademische Wissenschaft, gesellschaftliche Institutionen, soziale Bewegungen. Kritische Rechtspraxis, wie wir sie verstehen, zielt darauf ab, innerhalb der institutionell vorgegebenen Grenzen Handlungsspielräume pragmatisch für Veränderungen zu nutzen und auszubauen, als Ausdrucksform eines radikalen Reformismus im Recht. Ihre Richtung und Bedeutung beziehen Reformstrategien in den vorgefundenen Praxisfeldern aber gerade aus ihrer Rückbindung an das umfassende Projekt radikaler Demokratisierung. Kritische Rechtswissenschaft bestünde gerade darin, diese Rückbindung theoretisch zu leisten, das heißt reformorientierte Praxis in politische und strategische Analysen einzubetten. Kritische Rechtswissenschaft und kritische Rechtspraxis sind darum nur funktional, weder notwendig noch wünschenswert personal getrennt.

Dieses reflexive Verhältnis von kritischer Praxis und kritischer Wissenschaft möchten wir gerade auch im Praxisfeld

akademischer Wissenschaft eingelöst sehen. Dabei sprechen wir nicht nur wissenschaftliche Arbeiten im engeren Sinn an, sondern auch ausbildungs- und hochschulpolitische Auseinandersetzungen. In dieser Frage hat die von uns angestoßene Diskussion am ehesten den Charakter einer Auseinandersetzung entlang von universitären Statusgruppen, da wir mit den akademischen Geistern der Kritik so unsere Erfahrungen in Fachbereichsräten und Studienreformkommissionen gemacht haben. Unbestreitbar hängt der Grad, in dem Juristen in der Lage und bereit sind, das Rechtsproduktionssystem gegen demokratische Veränderungen abzuschotten, nach wie vor zentral von der Gestaltung ihrer Ausbildung ab. Verdeckte soziale Auslesen durch Studienzeitverkürzung müssen offensiv abgelehnt werden. Perse undemokratische und zudem vollständig irrationale Zugangsbegrenzungen, wie Abiturnoten oder Abschlussprüfungen, insbesondere in Form von auf repetitives Wissen beschränkten Klausuren, müssen blockiert werden. Das Staatsexamen ist abzuschaffen. Aus dem Ziel einer Demokratisierung der Rechtswissenschaft folgt des Weiteren, für die Entfeudalisierung der Universitäten und der juristischen Fachbereiche einzutreten. Es gilt zu verhindern, dass Einflusspositionen innerhalb des Wissenschaftssystems weiterhin als Auszeichnungen von oben für vorherige Bewährung in den Feudalverhältnissen vergeben werden. Über weitere Reformen der Juristenausbildung und der juristischen Fakultäten, die das Etikett „demokratisierend“ auch verdienen, müsste kritische Rechtswissenschaft die konzeptionelle Diskussion erst wieder eröffnen, sie darf sich ihr nicht länger, wie der Rest ihrer Zunft, verweigern. Unsere Bestimmung kritischer Rechtswissenschaft als Komplement zu kritischer Rechtspraxis im radikaldemokratischen Projekt im Recht impliziert keinesfalls, den Kampf um dogmatische Rechtspositionen in den Institutionen akademischer Auseinandersetzungen, bei Prozessvertretungen in Musterprozessen oder in den Beratungszimmern gerichtlicher Spruchkörper als unbedeutend abzutun. Das Gegenteil ist richtig. Dogmatische Kämpfe um die Ausgestaltung von Rechtsinstituten, um Interpretationshoheiten und juristische Konkretisierungen, sollten als Instrument des radikaldemokratischen Projektes begriffen werden, das von den geeigneten Personen am rechten Ort eingesetzt wird. Damit ist keine leichte Aufgabe formuliert. Wenn die Beiträge nicht nur gute Absicht dokumentieren, sondern sich durchsetzen sollen, müssen ihre Protagonisten die Instrumente der Dogmatik allemal besser beherrschen als ihre Gegner. Andererseits müsste der taktische Stellenwert dogmatischer Interventionen stets bewusst gehalten werden, um ihren unumgänglich auch affirmativen Charakter nicht der eigenen Reflexion zu verstellen. Diese abstrakt skizzierte Problematik erfolgreich ausgefochtener dogmatischer Auseinandersetzungen wollen wir kurz illustrieren: Es ist gemessen an den bisher schlicht unsozialen Zuständen ein klarer Fortschritt, wenn das Bundesverfassungsgericht eine lange überfällige Reform der Entlohnung von Strafgefangenen einfordert. Gleichzeitig orientiert sich das Urteil maßgeblich an Fragen der Finanzierbarkeit und räumt dem Gesetzgeber großzügige Regelungsfristen ein. Vom Fernziel einer tariflichen Entlohnung und gleicher sozialer Absicherung ist man ohnehin weit entfernt. Nebenbei wird eine gesellschaftliche Leistungsideologie bestätigt, die Teilhabe und Selbstwert ausschließlich an Lohnarbeit knüpft. Damit bleibt die Kritik an Zwangsarbeit schlechthin ausgeklammert. Dass die Zwangsarbeit mit dem Resozialisierungsziel begründet wird, macht ihre Kritik schließlich nicht überflüssig. Angesichts des gegenwärtig forcierten Einsatzes von Zwangsar-

beitsmaßnahmen gegenüber Sozialhilfeempfängern ist diese Frage aktuell von hoher Brisanz.

Dieser Mechanismus, dass materiale Erfolge in rechtsdogmatischen Konflikten, da sie immer nur im hegemonialen Diskurs erzielt werden können, nur um den Preis der Anerkennung seiner zentralen Parameter zu erzielen sind, lässt sich auch an einem zweiten Beispiel demonstrieren. Mit der Durchsetzung eines gewerkschaftlichen Klagerechts gegen tarifwidrige Betriebsvereinbarungen haben die Gewerkschaftsjustitiare einen wichtigen Erfolg und symbolisch Bodengewinn für die Tarifautonomie errungen. Jedoch konnte im Rahmen dieser juristischen Auseinandersetzung nicht thematisiert werden, dass die praktische Wirkung des neugewonnenen Klagerechts gegen die Erosion gewerkschaftlicher solidarischer Bindungen in den Betrieben begrenzt ist. Das wäre aber eine notwendige Voraussetzung für den produktiven Einsatz des Klagerechts in kommenden Kämpfen. Zudem mussten die Justitiare jedenfalls strategisch vor dem normativen Hintergrund von Sozialpartnerschaft und Waffengleichheit argumentieren, denjenigen Prinzipien also, die die Reichweite von Forderungen nach einer Demokratisierung gesellschaftlicher Produktion logisch beschneiden.

Die „Kritische Justiz“ als Forum kritischer Rechtswissenschaft

Sich kritisch im Betrieb der juristischen Praxisfelder zu bewegen, setzt Orte der Selbstverständigung und Diskussion voraus, für die die Distanz zum Betrieb konstitutiv ist. Sie bieten die Möglichkeit, den gemeinsamen Bezugspunkt des radikal-demokratischen Projekts in konkreten Entwicklungslinien auszuarbeiten, zu korrigieren und weiterzutreiben. Einer dieser Orte kann und sollte die Zeitschrift *Kritische Justiz* sein. Sie bietet den Raum, die Reflexionen der verschiedenen Perspektiven und Handlungsfelder zu bündeln und könnte so eine wichtige Funktion im Prozess der Neukonstituierung kritischer Rechtswissenschaft einnehmen.

Wenn sich kritische Rechtswissenschaft in den Dienst des Projektes der radikalen Demokratisierung der Gesellschaft stellen will, müsste sie sich als spezialisierte Disziplin von Gesellschaftswissenschaft begreifen, hier verstanden als Wissenschaft über die Herstellung von gesellschaftlicher Selbstbestimmung. Aus der Perspektive dieses Selbstverständnisses als Demokratisierungswissenschaft hätte kritische Rechtswissenschaft ihre Gegenstände zu entwickeln, ihre Fragestellungen zu entwerfen und ihre Methoden zu gewinnen. Ihre Aufgabe wäre die Analyse der gesellschaftlichen Funktionen von Recht. Dabei kann es natürlich nicht um abstrakte Funktionsableitungen des Rechts im Kapitalismus o.Ä. gehen. Vielmehr muss kritische Rechtswissenschaft aus unserer Sicht konkrete Analysen von Rechtsentwicklungen in den Mittelpunkt stellen, indem diese als empirisch-sozialer Gegenstand entworfen werden, d.h. unter Einschluss von Auslegungen, von Wirkungsweisen, vor allem von politischen und gesellschaftlichen Funktionen und Rezeptionen. Um diesen Anspruch einzulösen, bedarf sie - viel mehr als bisher - gerade fundierter Kenntnisse über die praktische Wirkungsweise juristischer Regelungen und über Strategien der Umgehung ihrer Intentionen; zudem muss sie sich über außerrechtliche Durchsetzungen gesellschaftlich mächtiger Interessen aufklären.

Vor dem Hintergrund ihres Erkenntnisinteresses, gesellschaftliche Entwicklung im Dienste von Demokratisierungsforderungen

zu analysieren, müsste kritische Rechtswissenschaft auch die Ansatzpunkte ihrer wissenschaftlichen Analysen auswählen, ihre spezifischen Gegenstände definieren. Kritische Rechtswissenschaft hätte dabei die Aufgabe, gesellschaftspolitisch relevante Entwicklungen des Rechtssystems erst zu identifizieren, praktische Kämpfe als gesellschaftlich relevant und entscheidend auszuzeichnen. Politisch engagierte Rechtswissenschaft hat sich in der Vergangenheit vielleicht aus Ratlosigkeit auf Fragen der deutschen Grundrechtsdogmatik und das Verhältnis Bürger-Staat zurückgezogen. Heute hätte kritische Rechtswissenschaft wieder neu diejenigen Felder zu bestimmen, in denen die hegemonialen Entscheidungen für den Lauf gesamtgesellschaftlicher Entwicklung generiert werden und sich zentrale Veränderungsprozesse des Rechtssystems vollziehen. Demokratisierungstheoretisch geht es darum, die Neukonstitution des Verhältnisses von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu analysieren und mögliche Gegenbewegungen zu beschreiben. Kritisch-rechtswissenschaftliche Analyse hat dabei eine wichtige Entschlüsselungs-Funktion hinsichtlich der im Rechtscode ausgetragenen sozialen Konflikte und durchgesetzten Interessen. Die wissenschaftlichen Betrachtungen müssen dabei in der Regel hinter die normativ verhandelten Begründungen gehen, bisweilen auch die gesellschaftliche Funktion rechtsnormativer und moralischer Begründungsstrategien zum eigenständigen wissenschaftlichen Gegenstand machen.

[...]

Allzu schnell verweigert sich gegenwärtig die sich selbst kritisch verstehende Rechtspraxis (auch die akademische) den Ambivalenzen ihrer Tätigkeit. Sie reagiert allergisch auf diejenigen, die diese thematisieren und damit kritische Rechtswissenschaft in unserem Sinne einfordern. So scheint sich praktisch immer wieder ein widersprüchliches Spannungsverhältnis herzustellen zwischen den Versuchen, praktische Veränderungen durchzusetzen, und den Reflexionen ihrer prekären Implikationen. Eine Spannung, die zweifellos besteht, deren Widersprüchlichkeit aber überwunden werden könnte, wenn sich die Beteiligten nicht gegeneinander in Stellung bringen. Wenn sie sich zukünftig als verbündete Akteure radikaler Reformstrategien verstehen, können sie diese Spannung produktiv verarbeiten, indem sie sie als notwendige Form des radikal-demokratischen Reformismus in vermachteten gesellschaftlichen Verhältnissen anerkennen

In Bezug auf die bestehenden wissenschaftlichen Disziplinen, Rechtswissenschaft einerseits, Sozialwissenschaft andererseits, hätten kritische Rechtswissenschaft und mit ihr die *Kritische Justiz* eine zweifache Integrationsleistung zu erbringen. Sie müssten einmal, wie beschrieben, Rechtswissenschaft als Demokratisierungswissenschaft etablieren, und dabei die traditionelle Hermetik der Rechtswissenschaft überwinden, die darauf zurückgeht, dass alternative Zugänge zu Beschreibung, Analyse und Lösung gesellschaftlicher Konflikte ignoriert und die Konflikte nur im Code des Rechts aufgegriffen werden. Andererseits und nicht minder wichtig müssen sie gegenüber den vorgefundenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen die Dimension konkreter Rechtsentwicklung als zentrale Größe gesellschaftlicher Dynamik einklagen. So könnte kritische Rechtswissenschaft ihren produktiven Einzug in sozialwissenschaftliche Analysen halten. Bei dieser zweifachen Integrationsleistung geht es wohlgerne nicht um eine Interdisziplinarität, die sich als formales Nebeneinander verschiedener Wissenschaftszweige versteht, die sich im Grunde nur gegenseitig zu bestätigen vermögen, dass sie über unterschiedliche

Gegenstände sprechen. Gefordert ist eine rationale Integrationsleistung, die eine interdisziplinäre Verständigung über Erkenntnisinteressen und damit Fragestellungen und Methoden voraussetzt. Das schließt anspruchsvoller Weise ein, sich in Kontroversen der zu integrierenden Wissenschaften inhaltlich zu positionieren.

Kritische Rechtswissenschaft müsste strategisch auf ihre eigene Position im Rechtsproduktionsprozess und ihren sich daraus ergebenden Möglichkeiten reflektieren. Gefragt ist keine Variante der überkommenen Rechtswissenschaft, die darauf wartet, selbst herrschende zu werden. Als eine Position, die Freiheit und Gleichheit und also Radikaldemokratie verpflichtet ist, bleibt kritische Rechtswissenschaft marginal, solange informelle und undemokratische Strukturen die Rechtsentwicklung charakterisieren. Gerade aufgrund dieser Marginalität im rechtswissenschaftlichen Diskurs müssen sich kritische Rechtswissenschaft und also die Kritische Justiz einen Anschluss an die Politik suchen, der anders vermittelt ist als über die Bahnen wissenschaftlicher Beiträge. Sie dürfen sich nicht nur auf akademische, sondern müssen sich auch auf politisch ausgetragene Auseinandersetzungen beziehen und sich darin mit außerparlamentarischen und parteiunabhängigen Akteuren verbünden, insoweit diese für demokratische und rechtsstaatliche Anliegen stehen. Kritische Rechtswissenschaft darf ihre eigentliche Bestimmung auch nicht in der juristisch informierten Beratung der Spitzen in Staat und Parteien sehen. Juristische Politikberatung mag stattfinden, aber in den dafür eingerichteten Zirkeln, Stiftungen und Beiräten. Kritische Rechtswissenschaft und Kritische Justiz müssen sich immer wieder in Distanz zu etablierter Politik setzen, die für sich in der Regel nicht anders kann, als reibungslos ihre Funktion im undemokratischen Entwicklungsprozess bürgerlicher Gesellschaft zu erfüllen. Neben einer unmittelbar politischen Berichterstattung über Ereignisse, in denen sich Justiz offen als Politische gibt, sollte es die Funktion kritischer Rechtswissenschaft und somit der Kritischen Justiz in gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung sein, die Kluft zwischen dem Vokabular juristischer Regelungszusammenhänge und der Sprache gesellschaftlicher und politischer Praxisfelder zu überbrücken. Auf diese Weise könnte sie eine wichtige Funktion für politische Akteure, in sozialen Bewegungen wie für Parteipolitiker, erfüllen, die oft vor der Wahl stehen, die im Rechtscode artikulierten gesellschaftlichen Fragen den Experten der Rechtspolitik zu überlassen oder sich selbst zu dann ihrerseits isolierten Experten fortzubilden. Nur durch eine solche Übersetzungsarbeit in alle Richtungen können kritische Rechtswissenschaft und Kritische Justiz die wichtige Möglichkeit eröffnen, sich mit gesellschaftlichen Akteuren über politische Analysen, Ziele und Strategien auszutauschen und wechselseitig Kritik zu üben.

Kommentar:

Dies war nach dem Einleitungsteil der zweite Themenkomplex der Broschüre. Wer sich an der Debatte beteiligen möchte, kann seine Beiträge hierzu gern bei der Redaktion einreichen, die natürlich immer in voller Länge und unverändert in die Debatte eingehen werden.

J. M. Hackbarth

Ergebe dich in dein Schicksal und lehne dich nicht auf!



Foto der Seiten 64 und 65 in der Zeitschrift „philosophie“ Nr. 02/2021

Aha!

Ist das nicht ein toller Ratschlag?

Aus den Windungen des Bildungsbürgertums, ist ein recyceltes Wort gepurzelt:

Resilienz

„Nicht die blinde Flucht nach vorn, nur die Akzeptanz von Begrenzungen eröffnet neue Wege“, steht da als letzte Teilüberschrift zu „Einfach gar nichts mehr machen...“ zum Thema: „Dossier Resilienz“, in der Zeitschrift „philosophie“, von Seite 46 bis 65 in der Ausgabe 02/2021. Die Überschriften lauten:



Cover der Zeitschrift

„Wir erleben einen Wandel hin zu einer Politik des Negativen“ (Überschrift Seite 50),
 „Stabilisiert euch!“ (Überschrift Seite 54),
 „Antifragil durch Improvisation?“ (Überschrift Seite 57),
 „Kann man von den Deutschen lernen...?“ (Seite 60)
 „Einfach gar nichts mehr machen...“ (Seite 63)

Es wimmelt da nur so von Professoren und ich habe direkt Kopfkino, wie eifrig die Redakteure die akademischen Grade in die Tastatur klopfen. Wichtig! Finger nach oben! Ach so: das kann man von den Deutschen lernen. Für eine gewichtige Führung der Leserschaft zum Aufgeben jeglichen Widerstandes lässt sich Nietzsche gut benutzen. Schon wieder..., ist eigentlich schon langweilig. Ein paar derartige Gedankenblitze haben sich wohl auch im Kopf von Theresa

Schouwink (Redakteurin) zugetragen, die das Benutzen von Nietzsche wie folgt zuordnet, Zitat Seite 63:

„So beschreibt auch Nietzsche den „wohlgeratnen Menschen“ in „Ecce homo“. Nietzsche war und ist deshalb nicht zufällig anschlussfähig für Menschen mit Überlegenheitsdünkel und Härtekult – Nationalsozialisten, Pubertierende, Silikon-Valley-Transhumanisten.“

Woran ist denn die Redaktion der Zeitschrift anschlussfähig?

Ihre Nietzsche-Charakterisierung, mit „nicht zufällig“ bezieht sie auf „Ecce homo“, was so viel heißt wie „Siehe der Mensch“, womit Nietzsche ein paar seiner geistigen Ergüsse überschrieben hat. Nietzsche schrieb nicht „Siehe, wie ich den Menschen sehe“, Nein. Er schrieb, wie ihn alle zu sehen haben. Genau so anmaßend, wie der inflationäre Missbrauch des kleinen Wörtchens „wir“, **im Namen aller**, wenn Akademiker heute aufschreiben was eigentlich nur in ihren Windungen passiert, weil sie wohl glauben dass das Gleiche in den Köpfen aller passieren muss. Das geht ja schon rein physiologisch gar nicht. Im Grunde ist genau das der Kern des positiven Erbes von Nietzsche, obwohl und gerade weil er sich da aber selbst widersprach, in einer so skurrilen Art, das er damit auffällig wurde, wurde er gelesen. Skurrilitäten machen neugierig. Vor allem bis ins krankhafte gesteigerter Individualismus. Aber auf das Positive von Nietzsche haben die Redakteure wohl keine Lust gehabt. Nietzsche thront deswegen mit „Ecce homo“ gleich auf einer ganzen Seite in der Zeitschrift. In Grün. Verblüffender Zufall.



Zitat aus deren Zitat (siehe nächstes Foto):

„Jener ‚russische Fatalismus‘, von dem ich sprach, trat darin bei mir hervor, daß ich beinahe unerträgliche Lagen, Orte, Wohnungen, Gesellschaften, nachdem sie einmal, durch Zufall, gegeben waren, jahrelang zäh festhielt – es war besser, als sie zu ändern, als sie veränderbar zu fühlen – als sich gegen sie aufzulehnen (...) Sich selbst wie ein Fatum nehmen, nicht sich ‚anders‘ wollen – das ist in solchen Zuständen die große Vernunft selbst“

Schicksalsgläubigkeit (Fatalismus) ist ein russisches Phänomen, höre ich Nietzsche aus seiner Gruft rufen. Aha, da haben die

Deutschen den Russen den Fatalismus schon wieder geklaut oder wieso bietet eine Redaktion einer Zeitschrift, die sich „philosophie“ nennt der deutschen Regierung 19 Seiten als Opfergabe, um sich darin demütigt in Defätismus zu ergießen, wenn ich mir dieses Wort, „Defätismus“ von den toten Bösewichten deutscher Geschichte mal ausleihen darf, aber nur um es den Diederich Heßlings von heute dahin zurückzuschieben, wo es warm und eng ist. Vielleicht ist es ja auch schön. Gern geschehen!



Der Untertan; ein Filmplakat ausgestellt im Haus der Geschichte in Bonn

Diederich Heßling ist die Hauptfigur aus dem Roman „Der Untertan“, von Heinrich Mann. Der Roman erschien von Januar 1914 bis kurz nach Kriegsbeginn. Heßling ist obrigkeitshörig, feige und ohne Zivilcourage. Er ist ein Mitläufer und Konformist. Resilienz? Ein recycelter Begriff aus der Psychologie, aus den 50er Jahren, der die Akzeptanz von Situationen, die man **angeblich** nicht ändern kann, als Grundlage psychischer Gesundheit voraussetzt. Recyclen ist gut. Man soll ja nichts wegschmeißen, was man nochmal gebrauchen könnte. Begriffe sind kristallisiertes Begreifen, zum weiterreichen, in diesem Fall also ein Transportmittel für Defätismus, sozusagen eine zelebrale Impfung. Da ist Fatalismus natürlich unentbehrlich, sozusagen als Wirkverstärker. Deswegen diese geistige Exhumierung Nietzsches, der wirklich ein Lehrer war, aber nur durch sein negatives Beispiel.

Sind Ermächtigungsgesetze Schicksal? Ermächtigung von Einzelpersonen, die darüber entscheiden, wann wir uns mit wem treffen dürfen, wen wir umarmen dürfen und wen nicht, Ermächtigung zu Berufsverboten, Ermächtigung Lebensfreude zu verbieten, Ermächtigung Gesellschaft zu verbieten, Ermächtigung von Uniformierten in Wohnungen einzubrechen, zu verhaften, zu schlagen, zu demütigen – wer nicht obrigkeitshörig, feige und ohne Zivilcourage ist, wer kein Mitläufer und Konformist sein will. Ist das weise? Ist Philosophie daran anschlussfähig?

„Philosophie - griechisch philosophía »Liebe zur Weisheit«“ (Brockhaus)

Verordnete Zerstörung des Menschlichen. Ist das weise? Für die 19seitige Zustimmung der benannten Zeitschrift gibt es auch ein Wort: Misanthropie.

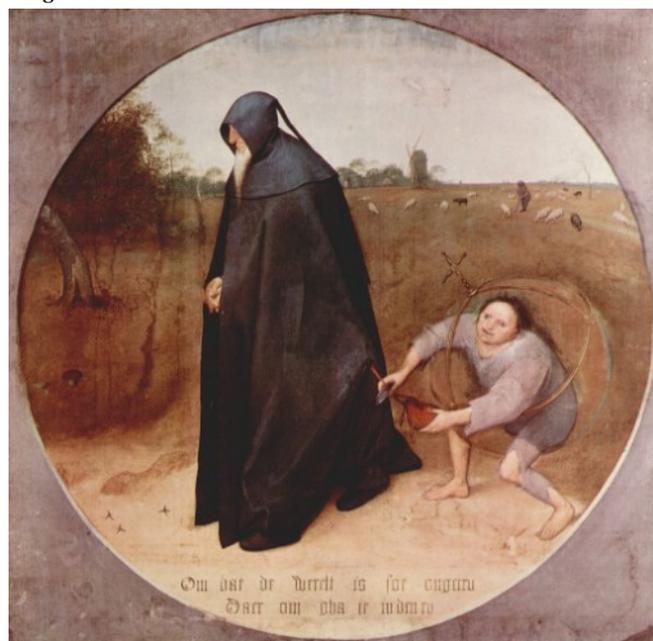
„Misanthropie [griechisch] *die*, -, (krankhafte) Abneigung gegen andere Menschen.“ (Brockhaus)

Besser kann man das Resultat orchestrierter Angstpropaganda der Regierungsmedien gar nicht beschreiben. Krankhafte Angst vor

einer Krankheit in ein Stadium gesteigert, in dem der Mensch selbst zur Krankheit wird, vor der sich alle schützen müssen. Der Name „philosophie“ ist, zumindest für diese Ausgabe, ein Etikettenschwindel. Das kann man aber ganz leicht korrigieren. Ich habe es mir mal erlaubt, nur mal so als gestalterischen Vorschlag, siehe folgendes Bild, den Betrug sichtbar zu machen.



Photomontage mit dem Cover der Zeitschrift „philosophie“, Ausgabe 02/2021



Der Misanthrop (Gemälde von Pieter Bruegel dem Älteren, um 1568)

Die Neigung kleinbürgerlicher Parteiführer zur Diktatur besteht gerade darin, allen anderen Menschen grundsätzlich zu misstrauen. Nur sie selbst sind gut, alle anderen nicht. Nein! Das muss man ihnen verordnen! Das nennt man Misanthropie. Einmal angefixt von ihrem Rausch, dem Pöbel endlich das Gute zu verordnen, können

sie da gar nicht mehr von ablassen. Ich hoffe die Redaktion kann mit meiner Kritik an ihrem Totalversagen umgehen und ist jetzt nicht beleidigt, wenn sie sich überhaupt von ihrer erhabenen Ebene herablässt, dies hier jemals zu lesen, was ich bezweifle. Aber vielleicht habe ich da ein Vorurteil. Gern würd ich mich irren. In Anbetracht der Hauptstoßrichtung ihrer propagandistischen Arbeit fühle ich mich moralisch berechtigt, auf jede weitere ihrer „Lebensberatungen“ zum Thema „Resilienz“ ein Ei zu backen. Das Ei des Columbus sind diese Ratschläge jedenfalls nicht. Denn da waren unsere Vorfahren noch viel besser.

Seit dem das Eigentumsrecht dominant wurde auf diesem Planeten, üben sich Menschen in Resilienz. Darüber gibt es [Forschungen und Artefakte](#), die Archäologen ausgebuddelt haben. **Das Unmenschliche aushalten!** - haben die Spartaner im 6. Jahrhundert v. Chr. auf die Spitze getrieben. Nach der Geburt eines Kindes wurde es vom Vater zum Ältestenrat gebracht, der es auf seine körperliche Tauglichkeit prüfte. Fiel die Prüfung positiv aus, wurde das Kind aufgenommen. Wurde es aber als schwach und nicht lebensfähig eingeschätzt, wurde es ausgesetzt, um zu sterben. Die spartanische Erziehung zeichnete sich durch Abhärtung, Kampfsport, Schmerz-verleugnung und äußerste Disziplin aus, und natürlich durch das Verbot aller Bequemlichkeiten, nach dem Motto: „Was uns nicht umbringt macht uns hart.“ Dafür gab es nur einen einzigen Grund:

Kriegsvorbereitung

Klingt natürlich auch zu direkt, also braucht man Modewörter, wie „Resilienz“ zum Beispiel. Sonst könnte man ja einfach sagen: **Durchhalten!** Aber „Durchhalten!“ ist schon verbraucht, hat Hitler gesagt. Bevor noch die Wörter ausgehen: Resilienz. Klingt toll.

Es gibt keine andere Krise als Verfügungsgewalt Einzelner, gegen die Interessen vieler. Resilient gegen Naturkatastrophen oder Krankheiten kann nur ein funktionierendes Gemeinwesen machen. Aber die Redaktion möchte nicht über Ursachen philosophieren, sondern durchhalten. Da ist ein Absturz von der philosophischen Ebene auf die banale Lebensberatung nur eine Nebenschmäh. Lebensberatungen gibt es unzählige, im Internet, im Fernsehen, in Büchern und Zeitschriften usw. Was ja eigentlich auch nicht verkehrt ist. Menschen sind von Natur aus Philanthropen und keine Misanthropen und beraten sich ständig gegenseitig. Gegenseitige Hilfe liegt uns in den Genen und nicht, sich gegenseitig zu betrügen. Zu letzterem dressiert nur ein Bildungssystem, das von Egomani kontrolliert wird in einem zerstörten Gemeinwesen. Der Betrug besteht darin, Fatalismus zu betreiben, **anstatt Philosophie**. Was macht Menschen resilient? Ein funktionierendes Gemeinwesen, gegenseitige Hilfe, Altruismus. Der Mensch ist ein gesellschaftliches Wesen, aber genau das, nämlich Gesellschaft, ist jetzt gerade verboten. „Das Verbotene“ ist für brave Untertanen natürlich kein Thema, ebenso wie Kritik am Eigentumsrecht als organisiert strukturelle Egomanie als Gegenpol eines Gemeinwesens.

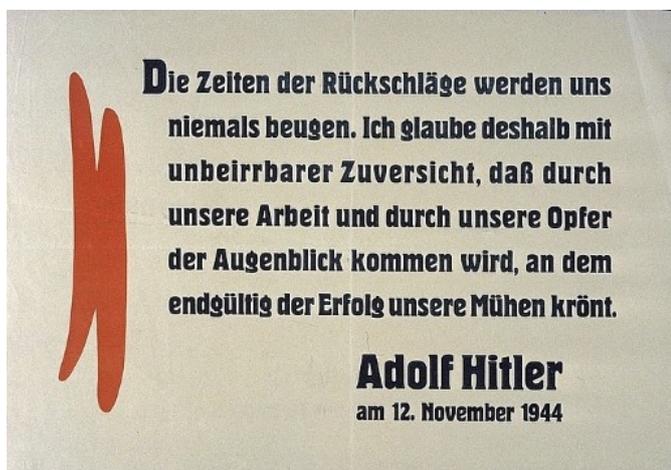
Gewaltrecht zur Ausschließung vieler, für den Luxus Einzelner, steht jeder Resilienz im Wege. Die Medizin ist in Privateigentum. Pandemien sind ein Geschäftsfeld und Testpandemien noch ein größeres. Tausendfacher Tod von Alten und Kranken ist gut für die Geschäfte. Wo kommen wir denn da hin, wenn die Reichen auch noch die „Nutzlosen“ durchfüttern sollen. Geschäfte brauchen Krisen, sonst laufen sie einfach schlecht. Zu viele Menschen brauchen zu viel billiges Essen, was schlecht ist für den Mangel und

Mangel ist die DNA des Marktes. Oder gäbe es einen Markt ohne Mangel? Was tun, wenn „Überbevölkerung“ die 8-Milliardengrenze bald-, vor allem in ärmeren Ländern, erreicht und überschritten hat? Die kann man ja nicht alle verhungern lassen oder erschießen, oder gibt es da noch eine andere Ideen? Solange sich die Lebensmittelproduktion in der Hand von Spekulanten befindet, sich die Medizin in der Hand von Spekulanten befindet, sich überhaupt die ganze Produktion in der Hand von Spekulanten befindet, wird es wohl Menschen geben, die darüber nachdenken. Oligarchen suhlen sich am liebsten in der Spekulation, nämlich der Preisspekulation. Dass sie dabei das Kleinbürgertum ersäufen kratzt sie wenig, merken sie gar nicht, die abgesoffenen Lohnabhängigen erst recht nicht. Verfügungsgewalt müsste für jeden Philosophen sofort in den Mittelpunkt der Betrachtungen rücken. Aber nicht für die Redaktion der Zeitschrift „philosophie“. Nun könnte ich sagen, dass sie ihren Titel wohl deswegen klein schreiben, aber ich will mal nicht kleinlich sein. Ist doch egal ob groß oder klein geschrieben, es kommt eben nur darauf an, zu philosophieren und da betreibt sie einfach Arbeitsverweigerung. Vielleicht nicht immer, aber diesmal sehr frech. Das ist ein Grund zum feuern, vor jedem Arbeitsgericht.

In meinen letzten Begleitartikeln für diese Zeitschrift, hatte ich aufwendig zitiert und bin ins Detail eingestiegen, weil sie sich detaillierte Kritik wirklich verdient hatten und ich freue mich, wenn ich mit klugen Menschen philosophieren darf. Aber dieses Mal ist es Betrug und ich weigere mich darauf einzugehen, mit welchen Fitnessrends die frechen Ermächtigungen der gegenwärtigen Parteiführer am besten auszuhalten sind, oder mit welchen psychologischen Rumeiereien man sich eine angenehmere Parallelwelt schaffen könnte. Individualismus ist Selbstbetrug. Ein kleines Zitat kann ich mir dann doch nicht verkneifen, das ich hier aus dem Zusammenhang des ganzen Interviews einmal heraus reiße, aber nicht um das Interview zu zerreißen. Ist doch super, wenn man einfache Dinge kompliziert ausdrücken kann. Dann fällt nicht so auf, auf welchen Zweck sie ausgerichtet sind: ergebe dich in dein Schicksal und lehne dich nicht auf!

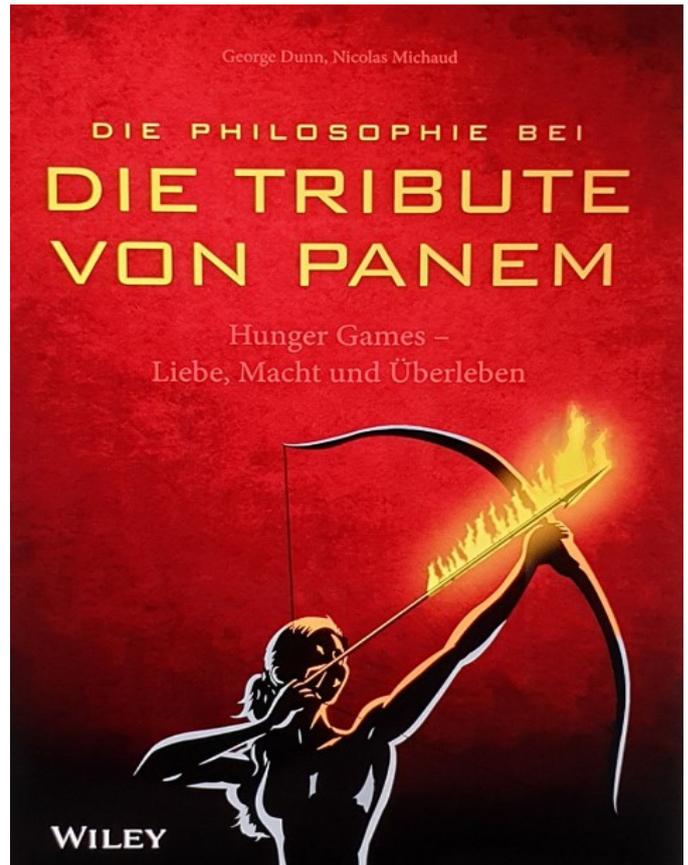
Der Herr Professor für Allgemeine Soziologie und Kultursoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, Andreas Reckwitz, sagt auf Seite 50, Zitat:

„... dass die Resilienzthematik gegenwärtig so prominent wird, ist doch bemerkenswert. Es ist wichtig, einen Schritt zurückzutreten, um zu sehen, was das im Kern bedeutet.“



[aus dem Bundesarchiv](#)

Holger Thurow-N.



Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“

(Fortsetzung aus dem Heft 01/21)

Zur Autorin des 5. Kapitels: Jennifer Culver



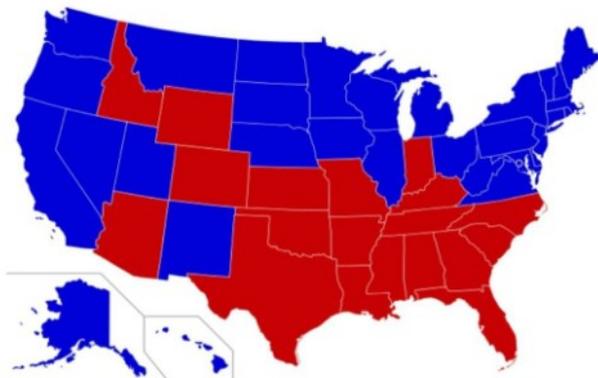
Jennifer Culver (Doktor der Philosophie) unterrichtet an einer öffentlichen Oberschule, vorher an einer Mittelschule und schrieb nebenbei an der Universität of Texas in Dallas ihre Doktorarbeit.

Wie immer versuche ich die gesellschaftlichen Lebensumstände der Autoren dieses Buches immer etwas näher zu beleuchten, um ihre Motivation für das was sie Meinen und warum sie es meinen, besser verstehen und einordnen zu können. Auch bei dieser Autorin bin ich da auf sehr interessante Aspekte gestoßen und würde, wenn sie mir begegnen sollte, sofort eine für mich sehr wichtige Frage stellen:

Was halten sie von der Erlaubnis im Bundesstaat Texas Schüler mit einer Art Paddel (Paddle) körperlich zu züchtigen? Haben sie das schon mal selbst gemacht, oder sind in irgend einer Form damit in Berührung gekommen?

Dazu ein Zitat aus dem Wikipedia-Eintrag von Texas:

Körperliche Züchtigungen von Schülern sind durch das sogenannte **Paddle** erlaubt. Texas zählt kontinuierlich zu den fünf US-Bundesstaaten, in denen die meisten **Paddlings** durchgeführt werden.



Rot: Paddling an Schulen zulässig



Der englische Begriff **Paddle**

bezeichnet außer dem gleichnamigen

Gerät zum **Paddeln** auch ein

Züchtigungsinstrument, meist aus Holz, das vor allem in den **USA** an Schulen und im familiären

Bereich für **Körperstrafen** auf das **Gesäß**

(**Spanking**) eingesetzt wird.



Ein Holzpaddle

Die amerikanischen Zustände in dessen Schulsystem, die gerade in dem Eintrag zu Texas Erwähnung finden, wo Deutsche und sogar die deutsche Minderheit der Sorben aus der Lausitz, also da wo ich aufgewachsen bin, die Kultur des Landes Texas stark mit geprägt haben, hat mich doch etwas schockiert.

Ja auch in Ostdeutschland war die körperliche Gewalt von Eltern und auch von Lehrern gegen Kinder und Jugendliche in den 1960-70 Jahren immer noch ein weit verbreitetes Problem, aber doch nicht mehr durch Gesetze gedeckt und deswegen eine Straftat.

In den USA finden sich auch heute noch viele Befürworter dieser Strafmaßnahmen und insbesondere die evangelikalen Christen propagieren und praktizieren diese, was von vielen als Widerspruch zu deren Religion gesehen wird. Körperliche Züchtigungen bereits bei sehr jungen Kindern und bei Jugendlichen bis ins hohe Teenager-Alter, sind in 20 amerikanischen Bundesstaaten offensichtlich immer noch auf der Tagesordnung. Dabei werden Männliche-farbige Jugendliche überproportional häufig mit dem Paddle gezüchtigt, sowohl individuell als auch kollektiv. Auf die Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in den Schulen, Heimen und Vereinen, die ja moralisch und gesetzlich gedeckt ist, kommt dann noch die häusliche Gewalt meist mit Kochlöffeln, Haarbürsten, Gürteln und Riemen oben drauf.

Laut Schätzung sind 1% bis 10% der Schüler in diesen 20 Bundesstaaten jährlich mindestens einmal von „Paddling“ betroffen. Damit muss also jeder Lehrer der in einem solchen Schulsystem arbeitet wie Jennifer Culver, dazu eine Meinung parat haben. Leider scheint das Thema der amerikanischen Gesellschaft, der „besten Gesellschaft der Welt“ etwas peinlich zu sein, da es kaum thematisiert wird, obwohl es ja irgendwo täglich stattfindet.

In „Die Tribute von Panem“ gibt es allerdings eine öffentliche Auspeitschung eines Jugendlichen (Gale Hawthorne) auf dem Marktplatz und was für das europäische Publikum vielleicht etwas surreal, also unwirklich erscheint, aber für einen gewissen Teil des amerikanischen Publikums leider einen ganz realistischen Bezug hat wenn in der Schule vor ihren Augen Mitschüler, oder gar sie selbst öffentlich gezüchtigt wurden. Mit dem von mir hier eingeflochtenen Hintergrundwissen, bekommt der europäische Betrachter für diese Szene vielleicht einen ganz anderen Blickwinkel und bemerkt dadurch die ver-

deckte Anklage gegen die amerikanischen Verhältnisse in einigen Bundesstaaten.

Aber auch das durchgängige Symbol des nur zum Teil erfundenen „Spottölpels“, verweist auf den Bundesstaat Texas, weil die „Spottdrossel“ als eine Art Wappentier für Texas betrachtet wird und Texas mit dem im Buch unterdrückten Distrikt 13 verglichen werden kann. Bis heute hält sich das Gerücht, dass Texas der einzige US-Bundesstaat ist, der das Recht hätte, nach Belieben aus den Vereinigten Staaten wieder auszutreten, da er durch den Abschluss eines Vertrages in die Union aufgenommen wurde. Das entspricht natürlich nicht der Sachlage, weil die Südstaaten mit Gewalt in die Union zurück annektiert wurden.

Der Aufstand der Südstaaten, gegen die wirtschaftlich überlegenen Nordstaaten, wo das „Kapitol“ steht, wurde niedergeschlagen. Die Geschichte des amerikanischen Bürgerkrieges um die Loslösung der Südstaaten von den Nordstaaten und dessen Niederlage strahlt bis in die heutige Politik der USA und ist eine latente Rebellion gegen den Zentralismus der amerikanischen Oligarchie. Es ging in diesem Krieg nur nebensächlich um die Abschaffung der Sklaverei, die in den Nordstaaten keineswegs durchgesetzt und vollzogen war. Es ging vor allem um die Abschaffung des Föderalismus in der Union und die Errichtung einer fast unumschränkten Zentralmacht der Unionsregierung, wodurch die Industrie-Oligarchen des Nordens ihre All-Macht auf den ländlich geprägten Süden der Union ausweiten konnten. Die Abschaffung der Sklaverei war anfänglich mehr ein propagandistisches Mittel, während die Sklaven haltenden Nordstaaten vorerst ausgeklammert wurden. Letztendlich war es aber dann auch das entscheidende Mittel, um die Südstaatlern zu destabilisieren und ihnen ihren letzten wirtschaftlichen Vorteil, die Sklaven als billigste Arbeitskräfte zu nehmen.

Der humanistische Aspekt der Unterdrückung der Südstaaten, erweist sich bei genauerer Betrachtung als vorgeschobene Legende und Mittel zum Zweck der Errichtung einer Zentralgewalt, die den Interessen der Oligarchen der Industrie im Norden auf den Leib geschneidert wurde. Das wenigstens die Sklaven dadurch befreit wurden, lag in der Natur des Kapitalismus, der auf die Freizügigkeit von Lohnsklaven angewiesen war, weil damals noch Mangel an wandernden Lohnsklaven herrschte.

Natürlich bearbeitet Jennifer Culver all diese Themen nicht und konzentrierte sie auf ein anderes und viel unverfänglicheres Thema indem sie auf die Verpflichtung von Menschen durch Geschenke abhebt und dabei so tut, als ob Geschenke eine Art Fessel wären, dessen Annahme lieber vermieden werden sollte. Dabei bringt sie einen Alten französischen Wissenschaftler (Marcel Mauss) aus einer jüdischen Familie stammend ins Spiel, der zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts den Austausch in den Uhrgesellschaften, die bekanntlich nur das Besitzrechtssystem kannten erforschte. Er schrieb dazu ein Essai, das 1923/24 unter dem Titel „Die Gabe“ auf deutsch erschien.

Darin stellt er auch die Besitzrechts-Gesellschaft vor, die gleichzeitig ökonomische, juristische, moralische, ästhetische, religiöse, mythologische und soziomorphologische Dimensionen umfasst und weit über das Menschenbild des rationalen Homo oeconomicus und damit über die Wirtschaft der kapitalistischen Eigentumsgesellschaft hinaus geht.



Marcel Mauss (10.05.1872 bis 10.02.1950 Paris) war Soziologe, Ethnologe und Religionswissenschaftler.

Nach meiner Einschätzung ging Mauss mit einem sehr totalitären Verständnis an die „Gabe“, also eine Schenkung heran und war der Meinung, das jede Gabe durch eine Entsprechung erwidert werden „muss“. Das stimmt allerdings nicht mit den Gegebenheiten in den Uhrgesellschaften überein und wurde von anderen Forschern nicht in dieser Absolutheit bestätigt. Diese Absolutheit einspricht aber Haargenau dem Mechanismus der in der Eigentumsgesellschaft als Gesetz gilt und eine konkrete und berechenbare Schuld erhebt.

Leider erweist sich Jennifer Culver als eine Verfechterin seines Irrtums und kann sich ebenfalls nicht vom Narrativ der Bedeutung eines Geschenks in der Eigentumsgesellschaft lösen und so geht es der Autorin in „Die Tribute von Panem“ Suzanne Collins ganz genauso mit ihrer Heldin Katniss Everdeen.

Mauss hat zwar geschichtliche Vergleiche im Umgang mit Geschenken angestellt, erkannte aber die Grenze zwischen der Besitzrechtsgesellschaft und der Eigentumsgesellschaft dabei nicht. Marcel Mauss prägte zwar den Begriff „Schenkökonomie“, aber verstand dessen Grundlage offensichtlich nicht als Geschenk, wenn er eine totalitäre, wenn auch nicht unmittelbare Schuld durch das Geschenk postulierte. Wie heißt es so schön im Volksmund: „Geschenkt ist Geschenk!“ Wenn aber ein Geschenk eine Schuld nach sich zieht, dann ist es gar kein Geschenk, sondern eine Verbindlichkeit, also eine Schuld. Mit seiner Kreation des Begriffs „Schenkökonomie“ hat er nur bewiesen, das er die Funktion einer Besitzrechtsökonomie, in der jeder seinen Überschuss in das jeweilige Gemeinwesen einbringt und dafür von diesem all umfänglich abgesichert wird, nicht erkannt hat. Eine gesellschaftliche Gegenleistung ist kein Geschenk, auch wenn diese nicht aufgerechnet wird.

J.M. Hackbarth

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 09/21 28.02.2021

Julian Assange
is **DEMOCRACY THE HERO OF OUR TIME.**

KRONIK
Angriff in Nahost: Biden kein „netter Onkel Joe“

WELT
Robert Habeck erntet beifälligen Spott wegen Aussagen zu Assange - WELT

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-also@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

DER AUFSTAND
Jubiläum für die
100. Wochenausgabe!
Ausgabe 10/21 07.03.2021

Das Zitat

Wenn eine Lüge Krieg auslösen kann, kann die Wahrheit Frieden stiften.

Julian Assange, Sprecher von WikiLeaks

WAS WOLLT IHR EIGENTLICH? IHR DÜRFT DOCH NOCH ESSEN, ARBEITEN UND ATMEN!

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-also@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 11/21 14.03.2021

LIEBER OHNE IMPFUNG NICHTS MEHR DÜRFEN, ALS MIT IMPFUNG NICHTS MEHR KÖNNEN...

Wer glaubt, dass eine Pharmaindustrie GESUNDE Menschen will.

Freiheit
liberté
vrijheid
sloboda
freedom
libertà
vapas
ελευθερία
özgürlük
frihet
libertad

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-also@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 12/21 21.03.2021

IHR KÖNNT MIR GAR NIX!

Burda vermittelte Geschäft
Spahns Ministerium kaufte Masken bei Arbeitgeber seines Mannes

FREE ASSANGE

Am 28.03.2021 versammeln sich mehrere zehntausend regierungskritische Staatsbürger in Kassel und Buten in den Innenstadt mit ihren Leuchtbannern und Transparenten. Die Medienvertreter der Mächtigen versuchen die Teilnehmer vorerst als Gewalttäter zu kriminalisieren.

Bundesparteitag dieBasis 20.03.2021 in Hannover

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-also@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 13/21 28.03.2021

Wenn man die Vertrauensfrage einfach selbst beantwortet.

JULIAN ASSANGE POLITICAL PRISONER

Wenn meine Nachbarn Ostern grillen, muss ich die dann melden? (Sorry! Ist meine erste Diktatur)

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-also@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 14/21 04.04.2021

Warum sollen Gesunde beweisen, daß sie gesund sind? Politiker müssen vielmehr beweisen, daß sie nicht korrupt sind...

Die ehemalige Villa vom Ex-US-Botschafter Grenell in Dahlem ist Spahns neues zu Hause.

Schön, dass sich harte, ehrliche Arbeit doch noch zu lohnen scheint!

Daher jetzt nur keine Neiddebatten, brav die Maske tragen, den Gürtel enger schnallen, die Presse halten und wichtig, ganz wichtig, solche Herrschaften immer wieder wählen, damit es ihnen weiterhin gut geht!

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-also@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 15/21 11.04.2021

NACHDENKEN

Diesesben Leute, die glauben, dass die Erde überbevölkert ist, sagen sie können dein Leben retten. MIT EINEM IMPFSTOFF!

FREE SPEECH
FREE PRESS
FREE JULIAN ASSANGE

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-also@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 16/21 18.04.2021

t-online.

Klagen abgewiesen
Gerichtshof erklärt Impfpflicht für zulässig

WE ARE ALL ASSANGE

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-also@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!
Ausgabe 17/21 25.04.2021

UNITED IN SOLIDARITY WITH JULIAN ASSANGE

Wer um seine Rechte betteln muss, ist unfrei und also ein Sklave!

An unsere Leser!
Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter: <http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu> kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden. Jeder Leser kann über die Email-Adresse gdg-deraufstand-also@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung
Creative-Commons-Lizenz